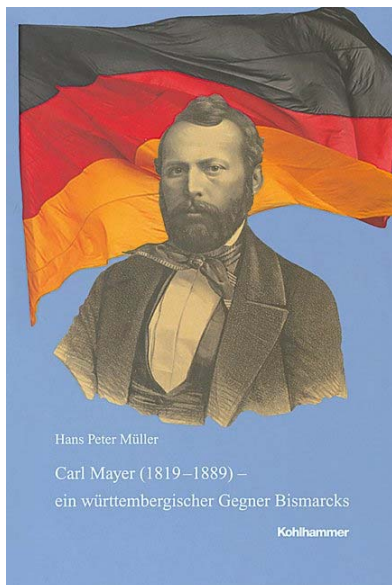


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Hans Peter Müller: Carl Mayer (1819-1889) – ein württembergischer Gegner Bismarcks. 1848er, Exilant, demokratischer Parteiführer und Parlamentarier.

Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag, 2014 (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Band 200), 145 S., ISBN: 978-3-17-026338-3



Carl Friedrich Mayer (1819-1889) war einer der bedeutendsten Vertreter und prägendsten Köpfe der deutschen Freiheits- und Demokratiebewegung im 19. Jahrhundert, ein „kämpferischer Volksmann“ und „Vollblutpolitiker“, ein „glänzende(r) Publizist und Agitator“, der zeit seines Lebens „seinen Grundüberzeugungen unverändert treu“ blieb, ein „leidenschaftliches Engagement in der Politik“ zeigte und hauptsächlich im Königreich Württemberg, aber auch in anderen süddeutschen Einzelstaaten und im deutschen Kaiserreich bei der Weiterentwicklung des Verfassungsstaates und Parlamentarismus und bei der Organisation der politischen Parteienlandschaft und öffentlichen Meinungsbildung an führender Stelle mitwirkte. Er machte sich auf diese Weise in ganz Deutschland einen Namen und war in der Folge sogar bis Mitte des 20. Jahrhunderts im kollektiven Gedächtnis der (Süd-) Deutschen fest verankert. Auch seine Partei bewahrte ihm, dem „Veteranen“, lange Zeit ein ehrenvolles Andenken (S. 1, 3, 117 u. 137-138).

Als engagierter Achtundvierziger im deutschen Südwesten und als Exilant in der Schweiz ebenso wie als langjähriger Redakteur der demokratischen Stuttgarter Tageszeitung „Der Beobachter“ und als unbestrittener Parteiführer der württembergischen Volkspartei, oder als Landtags- und Reichstagsabgeordneter sowie nicht zuletzt als Dichter und Schriftsteller, für den wie bei etlichen schwäbischen Akteuren ein „enge(r) Zusammenhang von literarischem und politischem Wirken“ bestanden hatte¹, stellte sich Mayer nach den von ihm zitierten Worten seines Patenonkels und Vorbildes Ludwig Uhland während seiner politischen Laufbahn in den „Dienst der Freiheit“² und setzte sich stets unbeirrt für „das Evangelium der Menschenrechte, des Volksrechts und des Völkerfriedens“ ein. „Die naturgesetzlich legitimierten Volkswünsche und -forderungen“ wurden ihm zur obersten Richtschnur seines Denkens und Handelns (S. 130, 135 u. 141): So kämpfte er in der Revolution von 1848/49 laut den von ihm mit verfassten „leitenden Grundsätzen“ des Landesausschusses der württembergischen Volksvereine Ende Juli 1848 für „die ewigen Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit“, die „gleiche Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen und die entschiedene Durchführung des demokratischen Princips“ und trat obendrein für „die Anerkennung des Parlaments“ und die Akzeptanz der Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung ein. Diese freiheitlichen Ideale, diese Demokratie und Parlamentarismus uneingeschränkt befürwortende Haltung und diese legalistische Position, nach der er seine politischen Ziele auf gesetzlichem, gewaltfreiem Wege erreichen wollte und von der er nur 1849 während seiner revolutionären Aktivitäten als Kommissar der Reichsregentschaft nach der

¹ Vgl. dazu: Bernhard Zeller: Gottlob Heinrich Rapp und das kulturelle Leben in Stuttgart um 1800, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 31 (1972), S. 290-311, hier S. 301.

² Ludwig Uhlands Ausführungen zum „Dienst der Freiheit“ finden sich in dem Trauerspiel Ernst, Herzog von Schwaben, in: ders.: Werke, Bd. 2, München 1980, hier S. 61 ff.

Spaltung des Rumpfparlaments abwich, nahm er über den gesamten Zeitraum seiner politischen Tätigkeit hinweg ein. Er tat dies selbst noch 36 Jahre später in einem Aufruf zur Reichstagswahl von Mitte Oktober 1884, in dem er sich wie eh und je für die „Selbstbestimmung des Volkes“ und die „Wahrung der parlamentarischen Rechte“ als „sein(e) fortbestehende(n) Anliegen“ aussprach (S. 12, 14-15, 116).

Dass der zu Lebzeiten in der Bevölkerung wie bei seinen Parteigenossen hochgeachtete und bewunderte Politiker, der von seinen Gegnern wegen seiner rhetorischen Fähigkeiten als Volksredner, seiner spitzen Feder als Zeitungsredakteur und seiner suggestiven Macht als Agitator gefürchtet, nach seinem Tod in Nachrufen aber auch differenziert betrachtet wurde, bislang noch keine ausreichende Behandlung in der Historiographie gefunden hat, ja, dass zu Mayer trotz seiner Bedeutung für die württembergische Landes- und südwestdeutsche Revolutions- wie generell für die gesamtdeutsche Parteien-, Liberalismus- und Demokratiegeschichte im ‚langen‘ 19. Jahrhundert und trotz seiner Erwähnung in der einschlägigen Fachliteratur bisher keine biographischen Arbeiten existieren, vermag nur auf den ersten Blick erstaunen. Bekanntermaßen teilte er dieses ‚Schicksal‘ mit vielen deutschen (Links-, Sozial- und Freisinnig-)Liberalen, Demokraten und Republikanern des 19. Jahrhunderts. Sie alle waren in der Vergangenheit sowohl von der borussisch-nationalistisch geprägten Historikergarde des Kaiserreichs als auch von der liberal-konservativ orientierten Zunft der Weimarer Republik und der Adenauerära oder von den marxistisch eingestellten Wissenschaftlern der DDR kaum beachtet und oftmals nur als Verlierer der Geschichte eingestuft worden. Ihre jeweiligen Lebensgeschichten werden von der historischen Forschung erst in den letzten 25 Jahren vollständig erschlossen, aufgearbeitet und in individualbiographischen Monographien wissenschaftlich angemessen gewürdigt. Daran knüpft nun auch die von dem ehemaligen Leiter des Kreisarchivs Schwäbisch Hall, Hans Peter Müller, vorgelegte politische Biographie über den demokratischen Parteiführer und Parlamentarier an, die 2014 in der Schriftenreihe der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg erschienen ist.

Es handelt sich hierbei nicht um eine umfassende wissenschaftliche Biographie im ‚klassischen Sinne‘, die jeden einzelnen Lebens-, Wirkungs- und Schaffensbereich durchdringt, jedes Detail des historischen Zeitgeschehens berücksichtigt oder gar die ganze Lebensumwelt des thematisierten Protagonisten abdeckt und unter Zuhilfenahme eines theoretisch-methodologischen Instrumentariums untersucht: Es wird hier ausdrücklich auch keine Gesamtgeschichte der Revolution, des Exils oder der für Mayers Vita relevanten Presse und Parteien geboten. Vielmehr konzentriert sich der Autor als Fachmann für die südwestdeutsche Landes- und Politikgeschichte in seiner fundierten, überaus kenntnisreichen und gut lesbaren Biographie ganz auf die historische Persönlichkeit von Mayer und insbesondere auf die wichtigsten Stationen und Ereignisse sowie auf einige entscheidende Wegmarken, Wendepunkte und Konfliktherde in dessen politischem Lebenslauf. Die so ausgewählten Punkte im bewegten Leben des schwäbischen Oppositionspolitikers werden in dem Porträt klar benannt und herausgearbeitet, sie bilden, wenn man so will, das Gerüst, die innere Struktur der präsentierten Lebensgeschichte. Dementsprechend wird die Lebensgeschichte Mayers, chronologisch geordnet in sieben Hauptkapiteln zu seinem politischen Fortkommen und in einem knappen Exkurs zu seinem literarisch-poetischen Schaffen, Schritt für Schritt rekonstruiert und anschaulich, einfühlsam und voller Sympathie, aber zugleich auch mit der notwendigen kritischen Distanz erzählt. Auf diese Weise entsteht ein konturenreiches, recht „umfassendes Bild vom Wirken und Wollen Mayers als Agitator, Publizist, Parteiführer und Parlamentarier“, das sowohl die großartigen Erfolge und glanzvollen Höhenflüge, als auch die bitteren Niederlagen und gravierenden Schattenseiten aufzeigt und damit letztlich eine sehr genaue und differenzierte Sicht auf den erstmals mit einer eigenen Studie bedachten „Verfechter eines (...) wirklich demokratischen und freiheitlichen Deutschlands“ ermöglicht (S. 2 u. 140).

Die Darstellung basiert im Wesentlichen auf der Auswertung des demokratischen Blattes und späteren volksparteilichen Parteiorgans „Der Beobachter“, für das Mayer zwischen 1863 und

1870 als Redakteur tätig war und das gerade für die Jahre der Revolution und Reichseini-
gung eine hohe Aussagekraft besitzt. Darüber hinaus werden auch andere württembergische
Zeitungen, Gesetzblätter, die Protokolle der Abgeordnetenkommission des Landtags und
Reichstags, Mayers eigene publizistische Arbeiten und weitere gedruckte Quellenwerke wie
Lebenserinnerungen, Parteischriften, genealogische Abhandlungen und Editionen für die
Erarbeitung der Biographie herangezogen. Nicht zuletzt hat Müller archivalische Bestände im
Kreisarchiv Schwäbisch Hall sowie Teilnachlässe von Mayer im Deutschen Literaturarchiv in
Marbach, im Bundesarchiv Berlin und in der Vadiana Kantonsbibliothek St. Gallen gesichtet
und sich dazu auf die Briefedition Christians Jansen gestützt³.

In der Studie von Müller werden inhaltlich alle zentralen Stationen und Abschnitte der politi-
schen Laufbahn und alle substantiellen Entwicklungsschritte des politischen Denkens und
Handelns von Mayer nachvollzogen und eingehend behandelt: So setzt die Darstellung mit
der Schilderung von Mayers Sozialisation im Elternhaus, seiner juristischen Ausbildung und
seiner Berufswahl als Blechwarenfabrikant in Esslingen sowie mit seinem ersten politischen
Engagement 1847 bei der Verleihung einer Bürgerkrone an den damaligen Oppositionsführer
und späteren Märzminister Friedrich Römer ein. Es folgt ein Bericht über seinen Einsatz
als Aktivist der demokratischen Linken in der 1848er Revolution, in deren Verlauf er unter
anderem an der Spitze des engeren Ausschusses des Landesausschusses der Volksverei-
ne in Württemberg stand, für die Unterstützung des Zentralmärzvereins warb, als Abgeord-
neter in das Stuttgarter Rumpfparlament nachrückte und nach dessen Zerschlagung in der
Reichsverfassungskampagne als Reichskommissar für die Durchführung des Volkswehrges-
etzes im Donaukreis zuständig war, ehe er in die Schweiz floh. Daran schließen sich Aus-
führungen zu seinem Exil in der Schweiz zwischen Juli 1849 und Frühjahr 1862 an, das er
vorübergehend in Wabern bei Bern und schließlich als Gründer und Inhaber eines Schmuck-
und Goldwarenunternehmens in Neuchâtel (Neuenburg) verbrachte und in das er sich 1852
nach seiner Verurteilung zu einer 20jährigen Festungsstrafe wegen Hochverrats fügen muss-
te.

Den umfangreichsten Teil des Werkes machen dann diejenigen Kapitel aus, die sich nach
der Rückkehr in die Heimat Ende 1863 mit Mayers Wiedereintritt in die württembergische
Politik und seiner Stellung als Führer der von ihm 1864 mitbegründeten Volkspartei beschäf-
tigen. Da Mayer und seine Parteifreunde nie einen Hehl aus ihren republikanischen und fö-
deralistischen Neigungen gemacht hatten, verfolgten die Demokraten im Laufe des Reichsei-
nigungsprozesses einen eindeutigen Kurs in der deutschen Frage und bekannten sich im
Gegensatz zum „abgestandene(n) Liberalismus“, wie es 1866 in einem Artikel im „Beobach-
ter“ hieß, zu der Devise, „durch die Freiheit zur Einheit“ gelangen zu wollen. Diesem Ziel
stand die Politik des preußischen Ministerpräsidenten Bismarck diametral entgegen: Bis-
marcks obrigkeitsstaatlich-militaristische Einigungspolitik ‚von oben‘, ließ die „Anhänger ei-
ner großdeutschen Lösung des deutschen Einheitsstrebens“ in der Volkspartei zu seinen er-
bitterten Gegnern werden, die daraufhin in einen „kompromisslose(n) Kampf gegen das
preußische Hegemonialstreben, die drohende ‚Verpreußung‘ Deutschlands und Württem-
bergs“ eintraten, an dessen Spitze Mayer stand. Mit ihren Südbund-Plänen als deutschland-
politischer Alternative konnten sie sich zwar in Württemberg einige Zeit zu den politischen
Meinungsführern rechnen, allerdings erlitten die Demokraten mit dem Deutsch-
Französischen Krieg, der damit verbundenen nationalen Begeisterung und der kleindeut-
schen Reichsgründung eine erneute schwere politische Niederlage, von der sie sich nur sehr
langsam erholten. Das letzte Hauptkapitel in Müllers Studie schildert schließlich diesen Re-
generationsprozess der Volkspartei, der 1876 mit Mayers Wiedereinzug in den württem-
bergischen Landtag und 1881 mit der Erringung eines Mandates im Deutschen Reichstag
erste Erfolge zeitigte. Am Ende blieben die Demokraten im Land wie im Reich jedoch ohne
größeren Einfluss, auch Mayer verlor seine Abgeordnetenmandate 1882 bzw. 1887 wieder,

³ Vgl. dazu: Christian Jansen (Hrsg.): Nach der Revolution 1848/49: Verfolgung, Realpolitik, Nationsbildung. Poli-
tische Briefe deutscher Liberaler und Demokraten 1849-1861, Düsseldorf 2004.

und in der Reichspolitik konnte die kleine Gruppe der Abgeordneten der Volkspartei nur gegen „die schlimmsten Auswüchse der faktischen Kanzlerdiktatur“ (S. 57, 136-137 u. Buchrücken) vorgehen.

Abschließend kann man festhalten, dass Carl Mayer, wie Hans Peter Müller in seiner Biographie überzeugend darlegen kann, trotz aller politischen Irrtümer und dogmatischen Verhaltensweisen sicherlich zu den wichtigsten und wirkungsmächtigsten demokratischen Politikern in Süddeutschland gehört hat, der weit über seinen Tod hinaus, wegen seines unbeugsamen Einsatzes für eine demokratische Entwicklung Deutschlands und wegen seiner nachhaltigen Leistung als Wegbereiter eines freiheitlich und sozial orientierten Liberalismus von nachfolgenden Politikern vollkommen zu Recht geehrt und gewürdigt worden ist. Dies gilt etwa für Theodor Heuss, der anlässlich des 50. und 100. Parteijubiläums der Volkspartei zunächst im Sommer 1914 in einem Artikel „an die Leiden und Verdienste“ der Parteiveteranen erinnerte und dann 1964 noch einmal betonte, dass die „Märtyrer von 1848“ wie Mayer auch „die Erneuerer von 1864“ werden sollten (S. 45 u. 139). Im Ergebnis bietet die Studie damit einen hervorragenden Lektüre-Einstieg in die Lebensgeschichten von Mayer und anderer Repräsentanten der demokratischen Bewegung im Südwesten wie Ludwig Uhland, Julius Haußmann, Ludwig Pfau, August Oesterlen, August Becher und Friedrich Payer. Darüber hinaus sollte dieses anregende Werk aber auch als gehaltvoller Grundstock für weiterführende Forschungen und Untersuchungen zur politischen Geschichte des Liberalismus, Republikanismus und der Demokratie in Deutschland im 19. Jahrhundert betrachtet werden. Experten für Demokratiegeschichte und Historische Biographik, die diese beiden Forschungsfelder miteinander verbinden wollen und sich zu diesem Zweck mit der allmählichen Durchsetzung, Entfaltung und Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland durch konkret agierende Persönlichkeiten beschäftigen, sei dieses Buch daher ganz besonders empfohlen.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

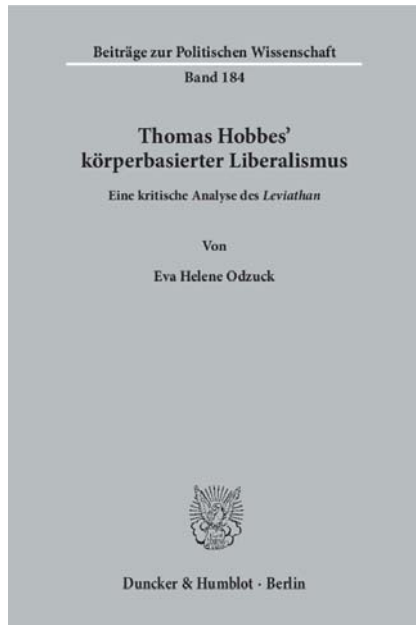
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Eva Helene Odzuck: Thomas Hobbes' körperbasierter Liberalismus. Eine kritische Analyse des Leviathan.

Berlin: Duncker & Humblot 2016 (= Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 184),
316 S., ISBN: 978-3-428-14748-9



Es ist merkwürdig, wenngleich auf zweitem Blick doch plausibel, dass in den letzten Jahrzehnten Thomas Hobbes, der in seinen politischen Schriften als Apologet des Absolutismus aufzutreten scheint, zunehmend als früher Vordenker des Liberalismus eingestuft wird. Diese Auffassung wird auch von Eva Helene Odzuck (Nürnberg-Erlangen) in ihrem Buch „Thomas Hobbes' körperbasierter Liberalismus“ weitgehend geteilt. Neu ist dabei, dass sie einen Ansatz wählt, der sich recht radikal von der bisherigen Argumentationsstrategie der „Liberalen Schule“ der Hobbes-Interpretation abhebt. Diese habe, so Odzuck, eine Neigung entwickelt, Hobbes rein rechtstheoretisch zu deuten und dabei in die Nähe von Kant zu stellen. Hobbes' Naturzustand werde als ein Rechtszustand gesehen, in dem jeder Mensch Richter in eigener Sache sei. Dem folge bei Hobbes ein auf Kontraktualismus (d.h. Freiwilligkeit) gegründeter staatsbildender Rechtszustand, der auf Verträge, Reziprozität und Rechtstreue (alles liberale Werte!) basiere.

Was Odzuck dabei auffällt, ist die Ausblendung der anthropologischen Argumente, die Hobbes zur Fundierung seiner politischen Philosophie heranzieht. Zudem werde übersehen, dass Hobbes im freiwilligen Kontraktualismus nur eine Option der Staatswerdung sieht und äußere Aneignung von Macht (bei der der Kontrakt allenfalls als eine Art ideologischer Überbau fungiert) ebenfalls für legitim hält. Beides zusammen zeige, dass Hobbes keineswegs der verkappte Kantianer sei, den neuere Interpreten in ihm sehen. Odzuck verwirft diese – um es salopp auszudrücken – „weichgespülte“ Deutung von Hobbes zu Gunsten früherer „harter“ Interpretationen, die Hobbes noch als krassen Materialisten sahen.

Hierzu zieht sie nicht nur die entsprechenden Stellen im „Leviathan“, sondern auch frühere Schriften wie „De Corpore“ zu Rate. Der Schluss ist plausibel: Während viele Autoren heute die materialistische und leidenschaftsbezogene (sprich: körperbasierte) Seite des Hobbeschen Werkes als weitgehend irrelevant für die politische Philosophie betrachten, sieht Odzuck in dieser Körperbasiertheit geradezu den Ausgangspunkt dieser politischen Philosophie.

Es begäbe dabei schon mit dem Freiheitsbegriff, der für Hobbes das Fehlen „äußerer Bewegungshindernisse“ bedeutet. Es gehe also letztlich bei Hobbes immer um körperliche Widerstände – egal ob sie menschengemacht oder nicht sind. Dabei komme zwangsläufig dem Schutz des eigenen Körpers eine zentrale Rolle zu, weil er die Staatsbegründung und das freiwillige Vertragsargument erst wirklich „inhaltlich ausfüllt“. Allerdings sei, so Odzuck, die Körperlichkeit, das „Gültigkeitskriterium“ für eine auf Gegenseitigkeit basierende Vertragstheorie, schwach. Körperlicher Selbsterhaltungstrieb und vertragliche Wechselseitigkeit passten – zumal die Übertragung von Macht in der traditionellen Interpretation bedingungslos erfolgen soll – schon logisch kaum zueinander. Bei Hobbes gebe es deshalb nicht

nur eine Freiheit durch das Gesetz, sondern auch eine Freiheit vom Gesetz. Der Körper ist die Grenze staatlicher Gewalt, die zu befolgen Pflicht sei.

Das ist ein kühner und innovativer Ansatz, dem sicher nicht jeder Hobbes-Forscher folgen wird, der aber die Diskussion um Hobbes sicher neu beleben lässt. Odzuck wendet ihn zu Ende des Buches auf die Ausgangsfrage an – die Legitimierung liberaler Ordnungen im Kontext einer körperbasierten Philosophie. Dass diese Philosophie eher schwach ausfalle, wenn es um die Rechtfertigung einer kontraktualistischen Position geht, heiße nicht, dass Hobbes den Liberalen nichts zu sagen hätte. Im Gegenteil: Die Kenntnis der Schwäche des körperbasiert-kontraktualistischen Arguments könne einer Delegitimierung der liberalen Demokratie vorbeugen. Letztlich postuliert Hobbes, so Odzuck, dass auch beim Schluss eines Staatskontraktes (der meist sowieso nur Aneignung von Macht verschleierte), der das Individuum einem staatlichen Schiedsrichter unterwerfe, das menschliche Streben nach Selbsterhaltung ungebrochen sei, und dass deshalb kein Individuum zum völligen Urteilsverzicht bereit sei. Hier bekommt Hobbes fast schon einen „kritisch-rationalistischen“ Anstrich. Der Mensch könne die Natur erkennen und damit auch als körper- und leidenschaftsgetriebenes Wesen Konflikte auflösen, weshalb gelte: „Wenn die Vernunft natürliche Dinge erkennen kann, besteht immerhin die Möglichkeit, dass leidenschaftsgetriebene Körper sich nicht der Dezsion einer unwiderstehlichen Gewalt unterwerfen müssen, sondern selbst versuchen können, über Recht und Unrecht nachzudenken.“

Berlin

Detmar Doering

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

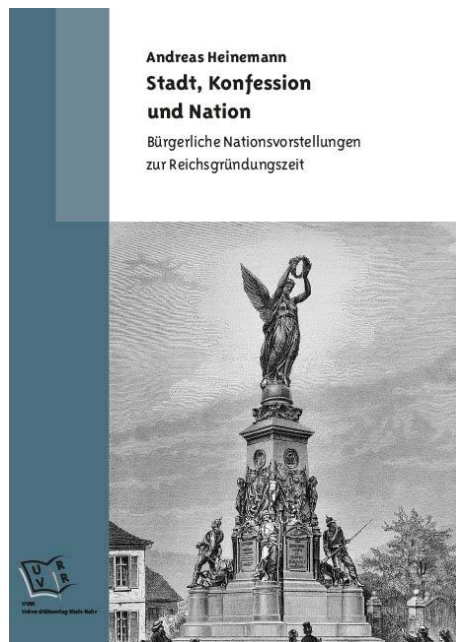
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Andreas Heinemann: Stadt, Konfession und Nation. Bürgerliche Nationsvorstellungen zur Reichsgründungszeit.

Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr, 2014, 478 S., ISBN: 978-3-95605-000-8



In seiner Dissertation hat Andreas Heinemann die Vorstellungen von Nation im Bürgertum der Städte Münster, Magdeburg, Göttingen und Freiburg während des 19. Jahrhunderts in den Blick genommen. Heinemann interessieren besonders die Vorstellungen bei den Katholiken, die als gesellschaftliches Milieu für die wissenschaftliche Forschung längst als Musterbeispiel gelten. Umso spannender ist es also, wenn Heinemann anhand von vier sehr unterschiedlichen Städten seine vergleichenden Untersuchungen aufnimmt, in denen es entsprechend sehr unterschiedliche Ausprägungen von Katholizität und Katholizismus gab und übrigens bis heute gibt. Weil das Bürgertum und die städtischen Vereine wesentlicher Träger der Vorstellungen von Nation und eben auch von Nationalismus sind, sind der Forschungsgegenstand und die Methoden – wie sie in der Einleitung dargelegt werden – einsichtig und nachvollziehbar. Heinemann konzentriert sich auf das öffentliche Leben im katholischen Münster (90 % Katholiken), im bildungsbürgerlichen Göttingen, in der protestanti-

schen Provinzhauptstadt Magdeburg sowie in Freiburg, der Universitätsstadt und Stadt der Pensionisten. Somit werden also eine überwiegend katholische und evangelische Stadt Preußens mit einer badischen Stadt verglichen, in der der Kulturkampf besonders früh eingesetzt hatte. Heinemanns Bezugsdaten sind die Revolution 1848/49, die frühen 1860er Jahre, der deutsch-österreichische Krieg 1866 und der deutsch-französische Krieg 1870/71. In drei weiteren Kapiteln weicht Heinemann von der Chronologie ab und stellt die Turnerbewegung, den regional sehr unterschiedlich verlaufenden Kulturkampf sowie die kommunalpolitisch gelenkte Geschichts- und Erinnerungskultur dar. In jedem Kapitel konzentriert sich Heinemann wiederum auf die einzelnen Untersuchungsstädte.

In allen Städten wurde durch Revolution und Nationalversammlung das Interesse an der Nation geweckt, wobei je nach Konfession und Region das Verhältnis zu Preußen dominierend war und verschiedene Antworten auf die Frage nach dem Aussehen einer zukünftigen deutschen Nation gefunden wurden. Trotzdem gab es einen breiten Konsens für die Verfassung der Paulskirche von 1849. Zehn Jahre später wurde bei den Katholiken der Traum von einer katholisch-großdeutschen Lösung favorisiert, während die Protestanten einer preußisch-kleindeutschen Lösung anhängen. Zu diesem Zeitpunkt war in Baden der Kulturkampf längst entbrannt, und in Münster zeigten sich seine ersten Vorboten. Ultramontane und Konservative hatten sich in keiner der Städte den nationalen Turnvereinen anschließen können, diese Vereine blieben dem liberalen Milieu vorbehalten. Das sich anbahnende Konfliktpotenzial über die nationale Frage kam im Krieg um Schleswig-Holstein 1864 zum Ausbruch. Mit der von Katholiken und Liberalen geforderten großdeutschen Lösung war eine föderative Nationsvorstellung verbunden.

Im weiteren Verlauf der Studie wird jedoch deutlich, dass dieser Konflikt in den unterschiedlichen Kontexten auch verschieden ausgetragen wurde. Im protestantischen Magdeburg

standen die Konservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen in Konflikt. Göttingen war geteilt in Anhänger der Welfen und Preußens; so standen dort Liberale und Lutherisch-Orthodoxe einander gegenüber. In Freiburg konnte Heinemann Differenzen zwischen ultramontanen und liberalen Katholiken sowie den Deutschkatholiken ausmachen; der Freiburger Pragmatismus war der Nähe zu Frankreich geschuldet. Die Katholiken in Münster standen in der nationalen Frage wegen des beginnenden preußischen Kulturkampfes in Opposition. In Magdeburg trauten sich die Katholiken nicht, einen offenen Oppositionskurs zu fahren.

Eine nationale Gesinnung gehörte im 19. Jahrhundert untrennbar zum Bürgertum, auch bei den Katholiken. Erst wegen des Kulturkampfes seit 1871 distanzierten sich Katholiken mit kritischen Stimmen vom Deutschen Reich, ohne aber ihre Liebe zur Nation zu verlieren. Aber auch schon vorher gab es außer der sich später behauptenden protestantisch-preußischen Deutung der deutschen Geschichte auch andere Vorstellungen von einer deutschen Nation. Das herausgestellt zu haben, ist ein Verdienst der Arbeit von Heinemann.

Berlin

Michael F. Feldkamp

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

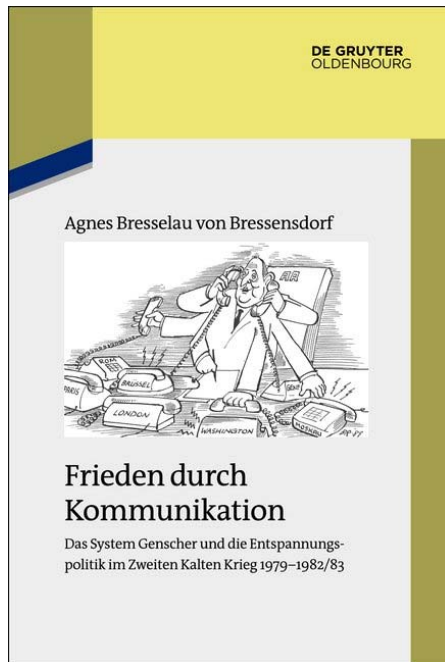
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Agnes Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979-1982/83.

Berlin/Boston: Walter de Gruyter, 2015 (= Studien zur Zeitgeschichte, Band 88), 385 S., ISBN: 978-3-11-040464-7



Mit der allgemeinen Erinnerung an den aktiven Politiker Hans-Dietrich Genscher verbinden sich vor allem zwei historische Wendemarken: der Koalitionswechsel von 1982 und die Wiedergewinnung der deutschen Einheit 1989/90. Beides ist vergleichsweise gut wissenschaftlich durchleuchtet worden, auch wenn die damit im Zusammenhang stehende Rolle Genschers nach wie vor höchst unterschiedlich bewertet wird: ambivalent-kontrovers im ersten, uneingeschränkt positiv im zweiten Fall. Man könnte daraus schließen, dass der Innenpolitiker Genscher, der er bis 1974 in erster Linie und danach immer auch noch war, dem Außenpolitiker Genscher unterlegen war und sein eigentliches Talent auf dem zweiten Terrain lag.

Blickt man jedoch genauer hin, wie es diese Augsburger Dissertation tut, dann wird sehr deutlich, wie verschränkt Innen- und Außenpolitik für den langjährigen Außenminister waren und dass gerade in dieser Verschränkung ein Geheimnis seines Erfolges lag. Vor diesem Hintergrund

wird man der Autorin schließlich auch zustimmen, wenn sie von vornherein lieber von einem „System Genscher“ spricht, anstatt den unpräzisen Begriff „Genscherismus“ zu verwenden. (S. 15).

Ausgesucht für ihre Detailstudie zum „System Genscher“ hat sie sich die vier Jahre unmittelbar vor der innenpolitischen „Wende“ vom Herbst 1982, die außenpolitisch von zwei großen Krisen geprägt waren, so dass sich inzwischen für diesen Abschnitt der Nachkriegsgeschichte die Bezeichnung „Zweiter Kalter Krieg“ eingebürgert hat. Auch wenn man diese nicht übernehmen möchte – denn dann fragt sich schnell, was wäre eigentlich der „Erste Kalte Krieg“ und gab es dazwischen Phasen andersgearteter Ost-West-Beziehungen¹ –, so ist doch unbestreitbar, dass sich damals das Verhältnis zwischen den großen Blöcken allgemein und den Supermächten speziell wegen des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan und der inneren Entwicklung Polens wesentlich verschlechtert hatte und obendrein durch die Frage der Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen belastet wurde. Für die Bundesrepublik stand damit ein zentrales (außen-)politisches Projekt „auf der Kippe“, das zugleich ein überaus wichtiges Verbindungselement für die seit 1969 regierende sozial-liberalen Koalition bildete: die Entspannung zwischen West und Ost.

Gerade die deutschen Liberalen hatten seit den 1960er Jahren entscheidenden Anteil an der Ausformulierung, Einsetzung und Etablierung der Entspannungspolitik gehabt; diese war gewissermaßen Teil der „Parteiräson“ der FDP. Auf dieser Linie bewegte sich auch Hans-Dietrich Genscher, seit er im Mai 1974 eher überraschend das Auswärtige Amt übernommen

¹ Vgl. z. B. anders ausgerichtet Bernd Stöver: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991. München 2007 oder Bernd Greiner u. a. (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Hamburg 2008.

hatte, möglicherweise besonders angetrieben dadurch, dass seine Heimat im Gegensatz zu der aller seiner Amtsvorgänger seit 1949 auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges lag. Ihm war auch klar, dass auf diesem Feld absehbar keine so spektakulären, öffentlichkeitswirksamen Erfolge mehr zu erzielen waren, wie es bei seinem unmittelbaren Vorgänger mit dem Moskauer und Warschauer Vertrag etwa gewesen war. Wohl auch deswegen baute er den PR-Apparat seines Ministeriums rasch um und aus, wie Agnes Bresselau von Bressendorf sehr minutiös schildert. Ob damit allerdings ein eher negatives Urteil über die Öffentlichkeitsarbeit von Walter Scheel verbunden sein muss (vgl. z. B. S. 69), sei dahin gestellt, zumal diese bislang auch nicht erforscht ist.

Genscher konnte zwar am Anfang seiner Amtszeit noch den erfolgreichen Abschluss der KSZE-Konferenz in Helsinki feiern, aber danach war die bundesdeutsche Außenpolitik im wahrsten Sinne des Wortes vom „Bohren dicker Bretter“ bestimmt und gegen Ende des entspannungspolitischen Jahrzehnts blies ihr zweifellos der Wind entgegen. Wie Genscher versuchte, die Grundlagen der Entspannungspolitik wie er sie verstand, nämlich in der „Tradition der Aufklärung“ als „Entideologisierung der Außenpolitik“ und „Ausgleich divergierender Interessen“ zwischen Staaten (S. 89), in einer schwierigen weltpolitischen Phase zu bewahren, wird von Agnes Bresselau von Bressendorf sehr dicht beschrieben und analysiert. Dabei zieht sie nicht nur die klassischen außenpolitischen Quellen in deutschen, französischen und britischen Archiven heran, sondern auch solche zur Diskussion in den Parteien, Fraktionen und in der allgemeinen Öffentlichkeit.

So wird die wirkliche Meisterschaft Genschers sehr gut herausgearbeitet, mit der er es schaffte, nicht nur die deutsche Öffentlichkeit und die Regierungsparteien einerseits, sondern auch die christdemokratische Opposition andererseits, aber auch die Entscheidungsträger in Moskau, Warschau, Paris, London und Washington zumindest soweit von den Vorteilen einer auf Entspannung zielenden interstaatlichen Politik zu überzeugen, dass aus dem Kalten kein heißer Krieg wurde und dass es in Warschau nicht zu einer Wiederholung der Ereignisse von Budapest 1956 und Prag 1968 kam.

Interessant ist es zu erfahren, wo diese Überzeugungsarbeit leichter gelang, nämlich in Warschau und in London, zumindest im Foreign Office, und wo dies Genscher schwerer fiel: z. T. in Paris aus Gründen einer gewissen politischen Eitelkeit und vor allem in Washington, ungeachtet zweier so unterschiedlicher Präsidenten wie Carter oder Reagan. Gerade die hier trotz unterschiedlicher Ausgangslagen immer wieder skizzierte Übereinstimmung zwischen Bonn und London (vgl. z. B. S. 207 und 224 f.), dürfte manchen Leser ob der aktuellen europapolitischen Entwicklung noch deprimierter stimmen.

Betrachtet man das damalige weltpolitischen Tableaux, dann ist es schon erstaunlich, wie die Supermächte in den 1980er Jahren schließlich doch noch zusammenfanden. Das ist natürlich nicht allein von Hans-Dietrich Genscher bewirkt worden, er hatte aber einen sehr gewichtigen Anteil daran. Dabei sah die außenpolitischen Bilanz für ihn am Ende der hier beschriebenen Epoche zunächst einmal gar nicht so gut aus: In Polen regierte weiterhin das Militär, die Russen waren in Afghanistan geblieben, die Abrüstungsgespräche waren unterbrochen worden und der Westen begann mit der für diesen Fall vorgesehenen Nachrüstung. Letztere war innenpolitisch stark umstritten und belastete zusätzlich die durch den Koalitionswechsel stark geschrumpften Sympathiewerte des Außenministers und FDP-Vorsitzenden.

Dafür macht die Autorin zu Recht vor allem Helmut Schmidt und sein Umfeld verantwortlich: Ihrer Meinung nach agierte der Kanzler nur einmal in der öffentlichen Wahrnehmung geschickter als sein Vize, nämlich im Zuge der koalitionspolitischen Wende vom September 1982 (S. 296 f.). Ansonsten erwies sich Genscher hierin durch die Bank weg überlegen; Helmut-Schmidt-Fans werden also an diesem Buch wenig Freude haben.

Auch wenn die außenpolitische Perspektive von 1983 keine entspannungspolitischen Fortschritte verzeichnen konnte, so konnte Genscher sich doch zugute halten, Schlimmeres verhindert zu haben. Für ihn am wichtigsten war, dass durch den KSZE-Folge-Prozess der Gesprächsfaden zwischen Ost und West aufrecht erhalten worden war, was die Möglichkeit zu einem neuen entspannungspolitischen Aufbruch eröffnete, sollten die Rahmenbedingungen wieder günstiger sein. Genschers Außenpolitik in dieser Zeit hatte zweifellos etwas Defensives und Bewahrendes, aber auch in dieser Hinsicht zeigte er sich als kluger Taktiker, der ungeachtet aller Verwerfungen in der Innen- und Außenpolitik beharrlich eine Politik verfolgte, die er einmal für gut gehalten hatte und die Bundesrepublik sowohl in den Westen einbettete als auch dem Land im Osten Achtung verschaffte. Dem mussten sich auch jene Kräfte in der bisherigen Opposition fügen, die die „Wende“ ursprünglich ja nicht nur innenpolitisch gefordert hatten. Den neuen Koalitionspartner in die von ihm verkörperte entspannungspolitische „Kontinuität“ einzubinden, gehört nicht zu den geringsten Verdiensten Genschers.

Für die Liberalismus-Forschung ist dies ein wichtiges Buch, weil es Politik und Werk des bedeutendsten liberalen Politikers im Deutschland des ausgehenden 20. Jahrhundert für einen bestimmten Lebensabschnitt aufschlüsselt. Es legt damit eine wichtige Grundlage für die noch zu schreibende wissenschaftliche Genscher-Biographie, weist einmal mehr die Bedeutung des Individuums für politische Entwicklungen nach und zeigt Wege auf, wie Liberale Erfolg haben können, selbst wenn sie zunächst einmal innen- und weltpolitisch nur über einen eher geringen Rückhalt verfügen.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.): **Liberalismus im 20. Jahrhundert.**

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2015 (= Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe, Band 12). 347 S., ISBN: 978-3-515-11072-3



Die Veröffentlichungen zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert füllen ganze Regalreihen wissenschaftlicher Bibliotheken. Für das 20. Jahrhundert stellt sich das durchaus anders dar. Zwar gibt es bereits einige grundlegende Quelleneditionen und etliche Spezialuntersuchungen, aber an Standardwerken und Überblicken ist die Forschungslandschaft hier deutlich ärmer. Viele Studien enden mit dem Ersten Weltkrieg, da mit ihm die „klassische Periode“ des westeuropäisch-transatlantischen Liberalismus zu Ende gegangen sei. Dies nimmt mit Blick auf die Begriffsgeschichte auch der Herausgeber dieses Bandes, der Freiburger Lehrstuhlinhaber für Westeuropäische Geschichte Jörn Leonhard, in seinem Opus Magnum aus dem Jahr 2001 an¹. Allein deshalb ist der vorliegende fundierte Überblick in Einzelbeiträgen begrüßenswert. Hinzu kommt, dass die Anlage des Sammelwerkes durchweg transnational ist, indem neben dem deutschen auch europäische und amerikanische Beispiele herangezogen werden.

Vorgelegt werden insgesamt 13 Beiträge des Theodor-Heuss-Kolloquiums in Esslingen vom April 2013, die um eine Einleitung der Herausgeber, einen Schlusskommentar von Lutz Raphael und ein Personenregister ergänzt wurden. Die Ergebnisse werden in vier Sektionen präsentiert: In der ersten gehen Andreas Wirsching, Michael Freeden und Jörn Leonhard dem „Erbe des 19. Jahrhunderts und dem Umbruch des Ersten Weltkriegs“ nach und in der zweiten Philipp Müller, Tim B. Müller, Marcus Llanque und Maurizio Vaudagna der „Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit“. Im dritten Teil behandeln Anselm Doering-Manteuffel, Jens Hacke sowie Jeppe Nevers und Niklas Olsen die „Erneuerung des Liberalismus“ zwischen den 1940er und den 1960er Jahren, und im vierten Dominik Geppert, Giovanni Orsina und Maciej Janowski den Liberalismus von der „Krise der 1970er Jahre“ bis 2008. Damit deckt der Band nicht nur ein „langes“ 20. Jahrhundert ab, sondern er nimmt die Liberalismus-Forschung auch in Ländern wie Dänemark und Polen in den Blick, die nicht regelmäßig im Fokus stehen.

In ihrem einführenden „Aufriss einer historischen Phänomenologie“ des Liberalismus gehen die beiden Herausgeber Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard verschiedenen Aspekten der jüngeren Forschung nach und legen ihren Betrachtungen insbesondere das theoretische Konzept von Reinhart Koselleck über die Erfahrungsräume und die Erwartungshorizonte der Zeitgenossen zugrunde. Nur damit sei eine realistische Einschätzung der jeweiligen Lage der Organisationen und Ideen im historischen Kontext möglich. Die methodisch reflektierten Erwägungen gehen von der schwierigen Begriffsgeschichte des Wortes „liberal“ aus, handeln über Traditionslinien, das Verhältnis zum Bürgertum, die Verbindung mit Kriegen sowie die Beziehung zu den Komplementärbegriffen „Demokratie“ und „Fortschritt“. Schließlich geht es um die Frage von Massengesellschaft und Individuum, den „Durchbruch des sozialen Liberalismus“ und die Entstehung des Neoliberalismus.

¹ Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters. München 2001.

Bereits die Einleitung zeigt die vielfältigen Facetten des Liberalismus als normative Ordnungsvorstellung, politische Idee und gesellschaftliche Kraft im 20. Jahrhundert auf. Sie demonstriert in souveränem Überblick zugleich jene „Resilienz“, die „Fähigkeit zur Regeneration und Anpassung an radikal veränderte politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Umstände und institutionelle Bedingungen“ (S. 14), die den Liberalismus im vergangenen Jahrhundert ausmachten und die seine Fortexistenz auch weiterhin sichern. Wichtig ist die Feststellung, dass das 20. Jahrhundert nicht in einer permanenten Krise des Liberalismus aufgehe. Gerade in der Zwischenkriegszeit könne nach Ansicht der jüngsten Forschung angesichts spezifischer Frontstellungen und Antiliberalismen von einer europäisch-transatlantischen „Erneuerung des Liberalismus“ gesprochen werden. Somit handele es sich „wahrscheinlich [um] die wichtigste Zeitspanne“ in seiner Geschichte. Statt seines vielbeschworenen Untergangs sei der Liberalismus seit 1930 infolge einer „Glaubwürdigkeitskrise“ zwar „fast unsichtbar“ geworden, habe sich aber gleichwohl in einer „Transformationskrise“ befunden (S. 20-23). Die Renaissance des Liberalismus zwischen 1950 und 1970 stelle sich als „gesamtgesellschaftliches Projekt“ dar, in dem vor allem Demokratie und sozialer Liberalismus ein parteiübergreifendes Anliegen und ein „Konsensliberalismus“ tonangebend geworden seien. Im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert habe der Neoliberalismus versucht, die Vorherrschaft zu übernehmen.

Liberalismus im 20. Jahrhundert sei somit eine Sammlung verschiedener situativer Liberalismen, die in globaler Perspektive eine „Tendenz zur Entkonturierung“ aufwiesen: als politische Organisationsform, intellektuelle Bewegung, Habitus, historischer und sprachlicher „Bedeutungsspeicher“ sowie „Werkzeugkasten von Ordnungs- und Institutionsmodellen“ (S. 31). Die Einleitung zeigt trotz dieser gehaltvollen und differenzierten Erörterungen bereits die Gefahr an, dass das Wiedererkennen des Liberalismus im 20. Jahrhundert schwierig ist, wenn man nicht auf Selbstzuschreibungen und zeitübergreifende liberale Werte rekurriert. Sobald man dies aber tut, scheint es fast so, als ob es sich beim Liberalismus (und mehr noch bei der Liberalisierung) um ein allgegenwärtiges Phänomen handelt.

In den einzelnen Aufsätzen des Sammelbandes spiegelt sich diese Problematik einer konkreteren Identifizierung des Liberalismus wider. Besonders wertvoll sind neben den vielfältigen Erkenntnissen der einzelnen Länderstudien die transnational ausgerichteten Beiträge von Anselm Doering-Manteuffel, Michael Freeden, Dominik Geppert, und Jörn Leonhard. Leonhard geht dem Liberalismus im Ersten Weltkrieg nach, für den sowohl im Rückblick der Zeitgenossen als auch in der Historiographie ein „allgemeines Krisennarrativ“ kennzeichnend sei. Demgegenüber plädiert der Autor für eine „ausgesprochene Offenheit, das Nebeneinander verschiedener politisch-sozialer Ordnungsmodelle“ und diagnostiziert eine „Utopienkonkurrenz“ nach 1918 (S. 71 f.). Innenpolitisch geriet der Liberalismus in den Kriegsgesellschaften in die Defensive, zumal eine Entparlamentarisierung eintrat und das liberale Deutungsmonopol für die Grundbegriffe „Nation“ und „Bürgertum“ erschüttert wurde (S. 92). Es gab nach 1918 keinen einfachen Weg zurück, und dennoch ging der Liberalismus nicht unter.

Ganz im Gegenteil: Trotz der vielfältigen Gefährdungen im „Zeitalter der Extreme“ (E. Hobsbawm) zwischen den „Groß-Ideologien“ Faschismus/Nationalsozialismus und Marxismus/Leninismus/Stalinismus erlebte der Liberalismus seit den ausgehenden 1930er Jahren eine Renaissance, die sich national wie international nach Ende des Zweiten Weltkriegs eindrucksvoll zeigte. Anselm Doering-Manteuffel untersucht, ob es seit den 1940er Jahren zu einer „Erneuerung des Liberalismus aus dem Geist des Antifaschismus“ (S. 203) kam und welche Rolle dieser spielte. Er kann nachweisen, dass besonders die so genannten New York Intellectuals und die deutschen Emigranten ein internationales Netzwerk zur Bekämpfung des Kommunismus etablierten. Zugleich breitete sich damit ein Konsensliberalismus als Ordnungsvorstellung aus, der von politisch links orientierten Intellektuellen angestoßen wurde, die sich allmählich einem Konsenskapitalismus verschrieben. Dies führte zur Verknüpfung der Ideen von Marktwirtschaft, Pluralismus und sozialem Konsens, der in der Ausprä-

gung des Sozialen Liberalismus in den 1960er und 1970er Jahren europaweit zur Regierungsmacht gelangte.

Mit Doering-Manteuffels Beitrag lassen sich die Ergebnisse von Jens Hackes Ausführungen über die Bundesrepublik in Beziehung setzen. Hacke macht zum einen deutlich, dass dem Liberalismus neben dem Paradigma der Demokratie eine „notwendige ergänzende Funktion“ zukomme (S. 236). Die Gründung der Bundesrepublik sei – in vielfältiger Abgrenzung von und in Anknüpfung an Ideen aus der Weimarer Zeit – im Grunde zweimal erfolgt, bei der Verfassungsgebung 1949 und durch eine nachträgliche geistige Grundlegung. Wolle man einem Verständnis des Liberalismus in Deutschland gerecht werden, dürfe man ihn nicht neoliberal verkürzen, sondern er müsse universal gedacht und mit Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit, Verantwortung und Bürgerrechten verknüpft werden. In dieser Weise sei es „heute wieder à la mode, sich intellektuell dem Liberalismus anzunähern“ (S. 238).

Ähnlich sieht es auch Michael Freeden, der betont: „Social liberalism is now in a sub-optimal stage, battered and partially eroded by the extreme forms of market ‘liberalism’“ (S. 67). Die Entstehung des Neo-Liberalismus wiederum sei, Philipp Müller folgend, aus dem Grundgedanken einer Ablösung des „Kapitalismus der Konkurrenz“ durch einen „Kapitalismus der Vermittlung“ nach 1918 zu betrachten (S. 126). Tim B. Müller stellt die These auf, dass der Sozial-Liberalismus in der Weimarer Republik einen starken Rückhalt in der Administration des Reichswirtschaftsministeriums besaß und dass dort eine sozial-liberale Reform der Sozial- und Wirtschaftspolitik geplant war. Den vielfältigen Teilgruppen des Linksliberalismus in der Weimarer Zeit geht anschließend Marcus Llanque am Beispiel von Theodor Heuss, Hugo Preuß und Friedrich Meinecke nach. Er konstatiert dabei einen eklatanten Widerspruch zwischen dem Selbstverständnis der Linksliberalen als Vertreter der „Gesamtinteressen“ der Bevölkerung sowie Verfassungspartei zum einen und ihrer geringen Attraktivität in der Wählerschaft zum anderen.

Den spannenden Fall eines „Liberalismus unter konservativen Vorzeichen“ (S. 288) in den 1990er Jahren unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den USA und Großbritannien untersucht Dominik Geppert. Nationale und transnationale Facetten des Liberalismus bzw. der diversen international auftretenden Liberalismen behandeln die Beiträge zum amerikanischen, italienischen, dänischen und polnischen Liberalismus („New Deal liberalism“, S. 199; „east-central european liberalism“, S. 329). Auch wenn in diesem Rahmen nur wenige Beiträge des Bandes eingehender besprochen werden können, zeigen diese bereits die „Vielfältigkeit des Liberalismus im 20. Jahrhundert“ (333), die Lutz Raphael in seinem Schlusskommentar betont. Nicht immer werden dabei Liberalisierung und Liberalität trennscharf unterschieden, und eine Selbstzuschreibung als „liberal“ kann keineswegs zuverlässig im Spektrum des Liberalismus verortet werden. Raphael differenziert zwischen einem strikt „nominalistischen“ und einem gemäßigt „realistischen“ Zugang (S. 333).

Klar wird, dass Herausgeber und Autoren den Liberalismus als Bewegung und Idee in einem weiten Sinne verstehen und ihn nicht auf eine einzige Denkrichtung, Organisation oder Partei reduziert wissen möchten. Die FDP wird deshalb nur ganz kurz erwähnt (anders als die liberale Venstre-Partei in Dänemark), und Ralf Dahrendorf als ein Vordenker kommt nur am Rande vor. Häufig ist von Krisen, Bedeutungs- und Funktionsverlusten der national geprägten Liberalismen die Rede, die gleichwohl eine generelle Widerstands- und Regenerationsfähigkeit des internationalen Liberalismus als gesellschaftliche Bewegung und politische Idee nicht gefährdeten. Der Liberalismus im 20. Jahrhundert erwies sich als eine maßgebliche ordnungspolitische und geistige Kraft und damit auch als prägende Leitidee der Moderne. Es ist zu vermuten, dass eine solche „überzeitlich“ wirkende Anpassungsfähigkeit auch im 21. Jahrhundert die fortdauernde Vitalität des Liberalismus sichern wird.

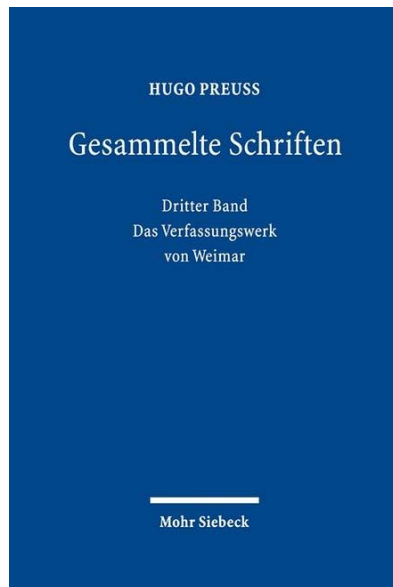
Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Hugo Preuß: Das Verfassungswerk von Weimar.

Herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Detlef Lehnert, Christoph Müller und Dian Schefold. Tübingen: Mohr Siebeck (= Hugo Preuß: Gesammelte Schriften, Band 3), 2015, XIV, 750 S., ISBN: 978-3-16-150523-2



Acht Jahre nach dem ersten ist der letzte von insgesamt fünf voluminösen Bänden der „Gesammelten Schriften“ des Staatsrechtlers Hugo Preuß erschienen. Damit schließen die beiden Hauptherausgeber Detlef Lehnert und Christoph Müller eine bedeutende Edition ab, die zu einem großen Teil ihre eigene Lebensarbeit mit bestimmt hat. Die Ausgabe krönt die Forschung rund um Preuß, dessen Werk in den letzten zwei Jahrzehnten eingehend untersucht und in den staatsrechtlichen und verfassungshistorischen Diskurs zwischen den 1890er und den 1920er Jahren eingeordnet worden ist.¹

Für eine eher kleine wissenschaftliche Vereinigung wie die Hugo-Preuß-Gesellschaft ist diese Werkausgabe eine Leistung, die höchste Anerkennung verdient. Gleichwohl wäre sie nicht ohne externe finanzielle Mittel, wie die des Deutschen Bundestages, zu vollbringen gewesen. Die Edition kann sich sehen lassen und ehrt einen der wichtigsten linksliberalen Vordenker der Weimarer Demokratie. Mit ihrem Abschluss

lassen sich die „Gesammelten Schriften“ von Preuß in eine Reihe mit den jüngeren Werkausgaben der Weimarer Demokraten Hans Kelsen und Richard Thoma sowie den älteren der sozialdemokratischen Rechtslehrer Hermann Heller und Gustav Radbruch stellen.² Preuß zu würdigen, heißt dabei, der Republik und ihrer Verfassung genau jene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die ihr nach dem Untergang des Weimarer Staates über längere Zeit versagt blieb.

Genau diese Weimarer Reichsverfassung, die 1919 in Kraft trat und 1933 faktisch ihre Geltung verlor, ohne von den Nationalsozialisten jemals formal außer Kraft gesetzt worden zu sein, wird im dritten Band der „Gesammelten Schriften“ von Preuß mit Dokumenten aus der Feder ihres Verfassungsschöpfers ins rechte Licht gerückt. Der Band steht in der Mitte zwischen zwei Ausgaben von Preuß' Schriften aus dem Kaiserreich und jenen zu „Politik und Verfassung“ in Weimar (Bd. 4) sowie zur „Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik“ (Bd. 5). Er bildet zu Recht die Mitte der fünfbändigen Preuß-Ausgabe wie die Verfassung im Zentrum von Preuß' Bemühungen um Rechtsstaat und Demokratie stand.

¹ Dazu insbesondere: Detlef Lehnert: Verfassungsdemokratie als Bürgergenossenschaft. Politisches Denken, öffentliches Recht und Geschichtsdeutungen bei Hugo Preuß. Beiträge zur demokratischen Institutionenlehre in Deutschland. Baden-Baden 1998; ders./Christoph Müller (Hrsg.): Vom Untertanenverband zur Bürgergenossenschaft. Symposium zum 75. Todestag von Hugo Preuß am 9. Oktober 2000. Baden-Baden 2003; Christoph Müller (Hrsg.): Gemeinde, Stadt und Staat. Aspekte der Verfassungstheorie von Hugo Preuß. Hugo-Preuß-Symposium 2004 im Rathaus von Berlin. Baden-Baden 2005; Detlef Lehnert (Hrsg.): Hugo Preuß 1860-1925. Genealogie eines modernen Preußen. Köln u.a. 2011; ders. (Hrsg.): Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß. Baden-Baden 2012, sowie Michael Dreyer: Hugo Preuß (1860-1925). Biographie eines Demokraten, Habil.-Schr. Jena 2002.

² Hans Kelsen: Werke. Hrsg. v. Matthias Jestaedt. Tübingen 2007 ff. [bisher 6 Bde.]; Richard Thoma: Rechtsstaat – Demokratie – Grundrechte. Ausgewählte Abhandlungen aus fünf Jahrzehnten. Hrsg. v. Horst Dreier. Tübingen 2008; Hermann Heller: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Martin Drath u.a. Leiden 1971; Gustav Radbruch: Werkausgabe. Hrsg. v. Arthur Kaufmann, 20 Bde. Heidelberg 1987-2003.

Der vorliegende Band enthält, gegliedert in fünf Abteilungen inklusive einem Anhang, insgesamt 39 Texte, davon 19 von Preuß selbst verfasste. Als umfangreichstes Dokument sind die über 170 Seiten umfassenden „Bruchstücke eines Kommentars“ zur Weimarer Reichsverfassung abgedruckt, die der demokratische Staatsrechtler Gerhard Anschütz posthum 1928 herausgegeben hat.³ Bei den übrigen Texten handelt es sich um Aufzeichnungen, Denkschriften, Zeitungsartikel und Äußerungen von Preuß in der Deutschen Nationalversammlung. Als nicht von Preuß verfasste Texte wurden Presseartikel, Rezensionen, Gesetzentwürfe und Gesetze, nicht zuletzt die Reichsverfassung von 1919 selbst, aufgenommen. Von den hier edierten Dokumenten waren mehrere bisher ungedruckt (Dok. 2-4, 6) und stammen aus den Beständen des Bundesarchivs. Andere verbargen sich in den umfangreichen Verhandlungsprotokollen der Weimarer Nationalversammlung. Diese Texte kannten also bisher nur Insider; durch ihre kommentierte Edition werden sie nun erstmals einer breiteren Öffentlichkeit vorgelegt.

Die Ausstattung des Editionsbandes lässt kaum Wünsche offen. Die Dokumente werden von den Herausgebern kundig eingeleitet (S. 1-78) und sorgfältig kommentiert (S. 677-718). Ein Namen- und Sachverzeichnis sowie eine Konkordanz zur Aufsatzsammlung „Staat, Recht und Freiheit“, die Theodor Heuss 1926 herausgab,⁴ runden den Band ab.

In der Einleitung betonen die Herausgeber Lehnert und Schefold die Bedeutung von Hugo Preuß nicht nur als Verfassungspraktiker, sondern auch seinen theoretischen Anspruch als Verfassungstheoretiker. Sie treten mit Nachdruck dafür ein, Preuß als „Vordenker einer Verfassungstheorie des Pluralismus“ (S. 3) ernst zu nehmen. Überdies sei er disziplinenübergreifend verfahren und habe damit einen wichtigen Beitrag zur zeitgenössisch so genannten „Staatswissenschaft“ geleistet. Preuß hat in der Tat die Weimarer Verfassung nicht zuletzt auch aus den deutschen Rechtstraditionen entwickelt, derer er sich als Verfassungshistoriker besonders bewusst war. In dem Band werden Preuß' Anteile an der Entstehung der Weimarer Reichsverfassung ausführlich dokumentiert und erläutert. In der Einleitung gehen die Herausgeber der Verfassungsentstehung in den Jahren 1917-1919 chronologisch und systematisch nach, lassen aber bewusst Raum für eingehendere Studien. Sie erläutern sodann die Entstehung und Bedeutung von Preuß' posthum publizierten Bruchstücken eines Verfassungskommentars sowie dessen bisher wenig bekannte Mitwirkung an der preußischen Verfassung von 1920. Schließlich wird Preuß' Rolle im „grenzüberschreitenden Verfassungsdialog“ erwähnt, in den er sich u.a. durch einen offenen Brief an die New York Times 1922 einschaltete und darin die amerikanische Verfassung als Vorbild der deutschen rühmte.

In einem Punkt geht die Einleitung sogar weit über den Textbestand dieser Edition hinaus, indem sie sich dem Preuß-Buch „Verfassungspolitische Entwicklungen in Deutschland und Westeuropa“ zuwendet, das 1927 posthum von der Historikerin Hedwig Hintze herausgegeben wurde.⁵ Dies ist vor allem deshalb angemessen, weil dieses fast 500seitige Werk als historischer Teil eines dreibändigen staatsrechtlichen Handbuchs gedacht war. Es wurde wegen seines Umfangs ebenso wie drei andere Monographien Preuß' (u.a. seine Berliner Habilitationsschrift von 1889) nicht in die Edition der „Gesammelten Schriften“ aufgenommen. Der Torso zeigt aber, von welchem verfassungspolitisch-historischem Impetus sich Preuß leiten ließ.

Im Fazit erläutern Lehnert und Schefold nochmals die Grundlinien und Perspektiven der Preußischen Verfassungstheorie und zeigen zudem auf, dass es sich im Falle von Preuß um ein in weiten Teilen bemerkenswert kontingentes wissenschaftlich-politisches Lebenswerk

³ Hugo Preuß: Reich und Länder. Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches. Berlin 1928.

⁴ Ders.: Staat, Recht und Freiheit. Aus vierzig Jahren deutscher Politik und Geschichte. Hrsg. mit einer Einleitung von Theodor Heuss. Tübingen 1926.

⁵ Ders.: Verfassungspolitische Entwicklungen in Deutschland und Westeuropa. Historische Grundlegung zu einem Staatsrecht der Deutschen Republik. Aus dem Nachlaß hrsg. von Hedwig Hintze. Berlin 1927.

handelt. Preuß blieb sowohl seinem genossenschaftlichen Verständnis der Gebietskörperschaften als auch dem Gedanken der Parlamentsherrschaft treu und strebte in seiner Theorie auf eine „Verfassungssouveränität“ zu (76). Das Verfassungswerk von Weimar erhält in der jüngeren historisch-juristischen Forschung vermehrt Anerkennung, und damit einher geht auch die angemessene positive Rezeption des Lebenswerks von Hugo Preuß. Die hier vorgestellte Edition ermöglicht nun textbasierte weitere Forschungen. Dafür gebührt den Herausgebern verdienter Dank.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Klara Deecke: „Staatwirtschaft vom Himmel herabgeholt“. Konzeptionen liberaler Wirtschaftspolitik in Universität und Verwaltung 1785-1845. Ausprägungen und Brechungen am Beispiel Ostpreußens und Vorpommerns.

Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann, 2015 (= Studien zur Policey, Kriminalitätsgeschichte und Konfliktregulierung), 684 S., ISBN: 978-3-465-04223-5



Zur Rezeption und Modifikation der liberalen Wirtschaftstheorie von Adam Smith in Deutschland liegt eine Fülle von Forschungen vor, die sich hauptsächlich mit der Aneignung, Popularisierung und Modifikation des Smith'schen Gedankenguts durch deutsche Nationalökonominnen und Reformpolitiker beschäftigen. Mit der Wahl ihres Themas nimmt Klara Deecke einen für diesen Prozess entscheidenden Zeitraum und eine dafür maßgebliche Region in den Blick: In Königsberg und Ostpreußen wurden um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die Ideen Adam Smiths so intensiv rezipiert und produktiv verarbeitet wie in kaum einer anderen Region des zerfallenden Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Der besondere Gewinn der hier vorzustellenden Arbeit liegt darin, dass sie das Zusammenspiel und die Verflechtung zwischen Universität und administrativer Elite vor, während und nach der preußischen Reformzeit detailliert am Beispiel der Universitäten Königsberg und Greifswald und den Provinzen Ostpreußen und Vorpommern analysiert. Dabei geht sie – im Unterschied zu zahlreichen anderen

Arbeiten – nicht theorie- und dogmengeschichtlich, sondern genuin historisch vor: Im Mittelpunkt stehen vor allem die konkreten Ausprägungen des neuen wirtschaftspolitischen Leitbilds in der akademischen Wirtschaftswissenschaft und im Verwaltungshandeln.

Als Verfahren wählt sie einen doppelten Vergleich: Zum einen vergleicht sie die an den beiden Universitäten gelehrten kameralwissenschaftlichen und nationalökonomischen Lehren mit den entsprechenden ökonomischen Konzeptionen der Reformverwaltungen in Ostpreußen und Vorpommern, zum andern vergleicht sie auch die für diese beiden preußischen Provinzen gewonnenen Ergebnisse im regionalen Vergleich.

Der besondere Gewinn der Arbeit liegt darin, dass sie im Detail, soweit die Quellen es zulassen, nachvollzieht, auf welchen Wegen die bahnbrechende Lehre von Smith in Ostpreußen und Vorpommern fußgefasst hat, welche Widerstände dabei zu überwinden waren, welche Modifikationen sie dabei erfahren hat und auf welche Weise und in welchen Formen sie schließlich das Verwaltungshandeln zunehmend bestimmt hat. Der Topos von Königsberg als „Einfallstor“ der englischen bzw. schottischen Freihandelslehre wird in Deeckes Arbeit Seite für Seite greifbar. Dabei wird deutlich, dass das traditionelle Ordnungsmodell der „guten Policey“ durch den Wirtschaftsliberalismus nicht einfach abgelöst wurde, sondern zu diesem in einem „produktiven Spannungsverhältnis“ stand. Ein zweiter Vorzug: Die Arbeit beschäftigt sich nicht nur mit den prominenten Protagonisten wie etwa dem Königsberger Kameralwissenschaftler Christian Jacob Kraus, sondern auch mit seinen weniger prominenten oder gar unbekannten Nachfolgern wie auch den weitgehend unbekannten Professoren an der Universität Greifswald bzw. der Akademie Eldena. Dem Leser wird somit ein breites Spektrum von Adaptionen der neuen Lehre im akademischen Raum vor Augen geführt, die

von weitgehender Ignoranz bei den Greifswalder Professoren des späten 18. Jahrhunderts über die selektive und pragmatische Aneignung bis hin zur vollständigen Übernahme des gesamten Lehrgebäudes bei Kraus reicht. Die Studie zeigt zudem, dass Königsberg seinen Ruf als Hort der Smith'schen Lehre zu Recht verdient: Die Schüler und Nachfolger von Kraus vertraten die reine Lehre ebenso vehement und überzeugt wie ihr Mentor; zudem kann die Autorin zeigen, auf welch vielfache Weise Universität und höhere Verwaltung in Königsberg (anders als in Greifswald) miteinander verflochten waren, sich als „wirtschaftspolitische Avantgarde“ (S. 619) vor der eigentlichen Reformperiode verstanden und sich am Ende zu besonders wirkungsmächtigen Agenturen der Durchsetzung des liberalen ökonomischen Ansatzes erwiesen haben. Drittens wird, durchaus im Anschluss an Reinhart Kosellecks bahnbrechende Studie über Preußen zwischen Reform und Revolution, einmal mehr deutlich, von welch hohem Reflektionsniveau das Handeln der preußischen Reformverwaltung insbesondere in Ostpreußen geleitet war. Dabei erweist der regionale Vergleich, dass in Königsberg und Ostpreußen die Rezeption und Durchsetzung wirtschaftsliberaler Konzepte früher, grundsätzlicher, optimistischer und engagierter erfolgte als in Greifswald bzw. Stralsund, was die Autorin auf unterschiedliche politische und universitäre Rahmenbedingungen zurückführt. Schließlich kann die Autorin viertens zeigen, wie die Akademiker und insbesondere die Verwaltungen auf Phänomene wie den Pauperismus und die Soziale Frage reagierten, indem sie entweder nach pragmatischen, der liberalen Lehre nicht entsprechenden Lösungen suchten, sie zu Übergangsphänomenen erklärten oder ihr liberales Weltbild ganz gegen derlei Irritationen immunisierten. Fünftens schließlich gelingt Deecke der in der Forschung bis dahin so noch nicht erbrachte Nachweis, dass ein spürbarer wirtschaftsliberaler Kurswechsel in Ostpreußen bereits deutlich vor 1806 einsetzte.

Auch wenn die Arbeit den Stand der Forschung nicht grundlegend korrigiert, sind ihre Ergebnisse für die Liberalismus-Forschung doch beachtlich, indem sie einen für die deutsche Wirtschaftsgeschichte bedeutsamen Transformationsprozess an einem prominenten regionalen Beispiel vergleichend und im Detail vor Augen führt und damit den Forschungsstand modifiziert und differenziert. Angesichts der Fülle an vorliegenden Forschungen ist dies keine geringe Leistung. Die Autorin argumentiert reflektiert und quellennah und bedient sich dabei einer präzisen, klaren und jederzeit nachvollziehbaren nüchternen Sprache. Der Aufbau der Arbeit ist klug und schlüssig, wenngleich die chronologische Abhandlung der einzelnen Professoren an den Universitäten Königsberg und Greifswald sowie der Kammerpräsidenten in Ostpreußen und Vorpommern manchmal zu personenzentriert und überhaupt etwas schematisch und steril erscheinen mag. Dieser Mangel wird in den systematisch vorgehenden Kapiteln 4 und 5, die sich den Schnittstellen zwischen universitärer Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftsverwaltung sowie einzelnen Phasen und Politikfeldern der liberalen Reformpolitik zuwenden, wieder wettgemacht. Jedes Kapitel endet mit einem vorzüglichen Zwischenfazit, während die Schlussbetrachtung eine konzise Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse sowie eine Skizze daran anschließender Forschungsperspektiven bietet – auch dies ist nicht immer selbstverständlich und zeichnet die Arbeit aus.

Alles in allem: Klara Deeckes Arbeit behandelt ein Thema, das den Identitätskern des deutschen Liberalismus berührt und über den ins Auge gefassten Zeitraum hinausweist. Eine kluge Fragestellung ohne überzogenen Anspruch, ein klarer, systematischer und überzeugender Aufbau, eine schlüssige Gedankenführung und am Ende eine Reihe von Ergebnissen, die den Kenntnisstand zum Thema wesentlich zu präzisieren vermögen, – diese Qualitäten empfehlen Klara Deeckes Studie, deren Manuskriptfassung 2012 zu Recht mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis ausgezeichnet wurde, als gewinnbringende Lektüre.

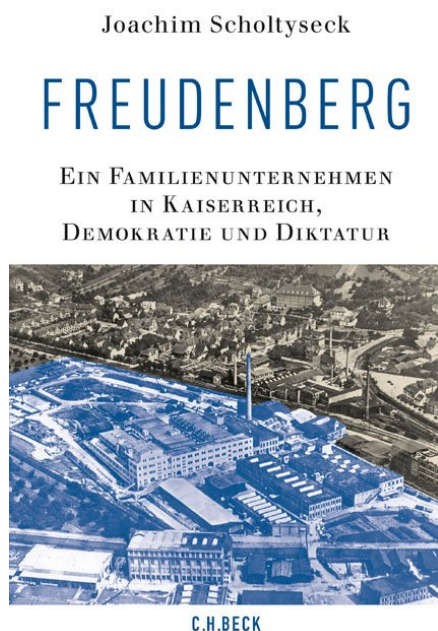
Stuttgart

Thomas Hertfelder

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Joachim Scholtyseck: **Freudenberg. Ein Familienunternehmen in Kaiserreich, Demokratie und Diktatur.**

München: C. H. Beck, 2016, 640 S., ISBN: 978-3-406-68853-9



Das Unternehmen Freudenberg in Weinheim kann auf eine knapp 170-jährige Tradition zurückblicken. Heute ist Freudenberg ein Großkonzern mit 497 Tochtergesellschaften, die an 170 Standorten in 57 Ländern angesiedelt sind. Bekannt ist der Konzern u. a. für die Herstellung der Vileda-Wischtücher.

Am Beginn der Erfolgsgeschichte stand im ausgehenden 19. Jahrhundert die Gründung einer Gerberei in Weinheim – die Entwicklung Freudenbergs wurde schon mehrfach in Festschriften gewürdigt. Mit der Veröffentlichung einer Studie von Anne Sudrow im Jahr 2010 über die Geschichte des Schuhs im Nationalsozialismus¹ fiel jedoch ein erheblicher Schatten auf die Firmengeschichte. Sudrow deckte auf, dass die Firma Carl Freudenberg zusammen mit über 70 anderen Unternehmen der Schuhbranche im KZ Sachsenhausen eine Schuhprüfstrecke betreiben ließ. Häftlinge mussten auf einem knapp 700 Meter langen Kurs testen, inwieweit Lederersatzstoffe dem Straßenbelag der damaligen Zeit gewachsen waren.

Die Tests fanden unter unmenschlichen Bedingungen statt. Die KZ-Insassen mussten bis zu 40 Kilometer an einem Tag laufen, häufig in Schuhen, die zu groß oder zu klein waren. Eine ärztliche Behandlung fand nicht statt, dagegen gab es Prügel, mehrere hundert Häftlinge kamen zu Tode.

Die Studie Anne Sudrows war für die Firma Freudenberg Anlass, ihre Vergangenheit durch den Bonner Historiker Joachim Scholtyseck durchleuchten zu lassen. Selbstverständlich nahm Freudenberg keinen Einfluss auf das an der Universität Bonn angesiedelte Drittmittelprojekt. Zugleich gewährte Carl Freudenberg Scholtyseck uneingeschränkten Zugang zu seinem Archiv (in dem sich bemerkenswerterweise tatsächlich keinerlei Unterlagen zur Schuhprüfstrecke in Sachsenhausen befanden). – Insgesamt hat Joachim Scholtyseck noch knapp 40 weitere Archive konsultiert und kann eine Studie vorlegen, an Hand der deutlich wird, dass die Leitung der Firma Freudenberg sicherlich nicht zu den Anhängern Hitlers gehört hat und dennoch tief in die Verbrechen des Regimes verwickelt war. Dabei bettet Scholtyseck seine Forschungen zur Firma Freudenberg ein in eine Geschichte des Unternehmens zwischen dem Kaiserreich und dem demokratischen Neubeginn der ersten Nachkriegsjahre.

Carl Freudenberg nahm bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges einen steilen Aufstieg und hatte in Europa bei der Gerbung von Oberleder eine Spitzenstellung inne. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges brach jedoch der Export massiv ein, die Lederwarenindustrie geriet in eine strukturelle Krise, die im Grunde nicht mehr überwunden werden konnte.

Jedoch gelang es der Unternehmensführung, neue Produktionsfelder zu erschließen, die z. T. aus Abfallprodukten der Ledergerbung entstanden. So produzierte Carl Freudenberg u. a.

¹ Anne Sudrow: Der Schuh im Nationalsozialismus. Göttingen 2010.

Kunstdärme, Dichtungen, Lederfaserplatten oder Rosshaarersatz für Polsterungen, zuletzt Gummisohlen. Die breite Produktpalette sollte zur Folge haben, dass, entgegen späterer Behauptungen Richard Freudenberg, das Unternehmen auch in die Rüstungsproduktion einbezogen war.

Mit Richard Freudenberg ist die bedeutendste Persönlichkeit innerhalb des Unternehmens genannt. Sein Name steht stellvertretend für die gesamte Ambivalenz der Firmenpolitik. In der Weimarer Zeit war Richard Freudenberg Landtagsabgeordneter der linksliberalen DDP. In dieser Funktion ist Richard Freudenberg dem aufkommenden Nationalsozialismus scharf entgegengetreten, auch scheute er am Beginn der dreißiger Jahre nicht die Auseinandersetzung mit dem ebenfalls aus Weinheim stammenden stellvertretenden badischen Gauleiter Walter Köhler. Im Übrigen waren mehrere Familienmitglieder mit jüdischen Frauen verheiratet und mussten dementsprechend in den Jahren des Dritten Reiches emigrieren. Manche Familienangehörige lebten fortan in der Schweiz und waren z. T. Anlaufstelle für andere Emigranten und Gegner des NS-Regimes.

Dennoch profitierte das Unternehmen Freudenberg vom NS-Regime und war an zahlreichen Arisierungen beteiligt. Dies gilt insbesondere für den Schuhkonzern Tack, dessen Inhaber Hermann Krojanker bereits 1932 in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war. 1933 versuchte er, zunächst formal sein Unternehmen zu arisieren, was jedoch scheiterte. Krojanker selbst trat letztlich an Richard Freudenberg heran und bot diesem sein Unternehmen an. Die Verkaufsverhandlungen fanden in sachlicher Atmosphäre statt (soweit dies noch möglich war), der Kaufpreis wurde durch einen neutralen Gutachter ermittelt. Gleichzeitig bemühte sich Richard Freudenberg darum, diesen fairen Kaufpreis auch noch tatsächlich Hermann Krojanker und seiner Familie zukommen zu lassen. Solche versteckten Zahlungen wurden je länger, desto weniger möglich, im Grunde unmöglich. Immerhin bestätigten Mitglieder der Familie Krojanker auch im Nachhinein Richard Freudenberg einen fairen Umgang. Ganz ähnlich hat sich Richard Freudenberg im Zusammenhang mit der Arisierung der Rosslederfabrik Hirsch in Weinheim verhalten. Selbst im amerikanischen Exil bestätigten Mitglieder der Familie Hirsch das faire Auftreten der Firma Freudenberg, ja Freudenberg habe Kontakt zu Juden gehalten, als dies schon gefährlich gewesen sei.

Dennoch: „faire Arisierung“ konnte es im Grunde gar nicht geben. Freudenberg profitierte durch die Arisierung durchaus: Tack hatte durch sein Filialnetz eine überaus starke Stellung im deutschen Schuhmarkt. Freudenberg vereinigte nun Sparten von der Ledergerbung über die Schuhherstellung bis hin zum Verkauf. Tatsächlich kann Scholtyseck aufzeigen, dass je länger desto mehr, die Hemmungen im Konzern Freudenberg schwanden und man ab 1937/38 Überlegungen anstellte, welches zu arisierende Unternehmen doch gut in die Konzernstruktur passe. Vor allem im Zusammenhang mit der Besetzung Österreichs und des Sudetenlandes hatte man relativ wenige Hemmungen, sich um Arisierungen zu bemühen. In beiden Fällen scheiterte das Unternehmen Freudenberg jedoch, da man weder in Österreich noch im Sudetenland ein „reichsdeutsches“ Großunternehmen zum Zuge kommen lassen wollte, sondern vielmehr mittelständische einheimische Kräfte.

Auch nach der Besetzung Frankreichs bemühte sich Freudenberg, bei Arisierungen zum Zuge zu kommen. Hierbei gelang es einerseits ein Unternehmen, an dem man sich bereits zuvor finanziell beteiligt hatte, dem Freudenberg-Konzern zu inkorporieren. Dagegen ist Freudenberg bei dem Versuch gescheitert, einen französischen Schuhkonzern zu übernehmen, der eine ganz ähnliche Struktur wie Tack besaß. Dieses Scheitern resultierte jedoch vor allem aus der Obstruktionspolitik des Vichy-Regimes, das vielmehr Arisierungen in eigener Regie durchführen wollte und deutsche Kapitalbeteiligung abblockte.

Eingehend fragt Scholtyseck nach den Motiven für das Verhalten Freudenbergs. Dabei hat in jedem Fall eine Rolle gespielt, dass man Furcht hatte, gegenüber Konkurrenzunternehmen in Rückstand zu geraten, zugleich zeigt Scholtyseck immer wieder auf, wie ambivalent das

Verhältnis zu Spitzen in Partei und Staat war. Einerseits sah sich Richard Freudenberg immer wieder Nachstellungen ausgesetzt, der kollektive Parteibeitritt der Unternehmensspitze 1943 hatte sicherlich eine Schutzfunktion, andererseits war es schon bemerkenswert, dass die Unternehmensspitze über teilweise recht gute Kontakte ins Reichswirtschaftsministerium verfügte oder zumindest teilweise sicher auch zum badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler.

Den Tiefpunkt der Firmengeschichte bildet sicherlich die bereits geschilderte Schuhprüfstrecke in Sachsenhausen. Über die Lebensumstände der KZ-Häftlinge konnten Mitarbeiter der Firma Freudenberg ohne weiteres informiert gewesen sein, aber man sah weg. Und schließlich: Während des Krieges waren über 1800 Zwangsarbeiter bei Freudenberg beschäftigt, an dieser Stelle lässt sich immerhin einwerfen, dass Richard Freudenberg ein ungutes Gefühl befiel, regelrecht als „Sklavenhalter“ (S. 384) aufzutreten, wie er es selbst formulierte. Auch bemühte er sich bisweilen, deren Lebensumstände zu verbessern, so dass viele Zwangsarbeiter immer noch lieber bei Freudenberg als andernorts eingesetzt wurden.

Die Arbeit Scholtysecks schließt mit dem Blick auf die Nachkriegszeit. Hier ist es das Verdienst von Richard Freudenberg, sinnlose Kämpfe in Weinheim verhindert zu haben. Als Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Bank kam er jedoch gleichwohl für knapp zwei Jahre in Haft. Im Spruchkammerverfahren wurde er am Ende dennoch als entlastet eingestuft, wobei die Richter jedoch nichts von der Schuhprüfstrecke in Sachsenhausen wussten.

Nach Einschätzung Scholtysecks war Richard Freudenberg am Ende weder ein Regimegegner wie Robert Bosch, noch ein hemmungsloser Opportunist wie Flick oder Quandt. Die liberale Gesinnung Richard Freudenbergs steht außer Zweifel. Jedoch kam es in der NS-Zeit zu einer allgemeinen Erosion des Wertesystems, unter der letztlich auch die Moralvorstellungen bei Freudenberg litten. Man machte eben mit und beruhigte sich damit, dass man letztlich doch nur ein kleines Rädchen im Getriebe war, dass man ja sowieso nichts hätte ändern können.

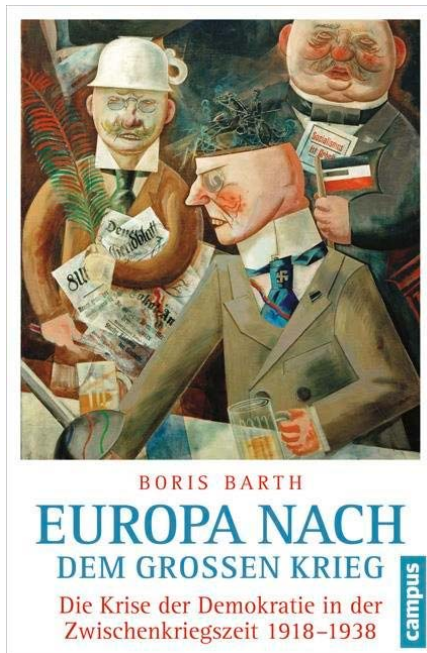
Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Boris Barth: Europa nach dem Großen Krieg. Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938.

Frankfurt/New York: Campus, 2016, 361 S., ISBN: 978-3-593-50521-3



In den letzten Jahren ist ein zunehmender Trend zu beobachten: Die Zwischenkriegszeit wird nicht mehr nur aus der Warte einer Nation und im Lichte eines gesellschaftlichen Teilfeldes, wie etwa Politik oder Wirtschaft betrachtet. Vielmehr soll die Krise oder die Krisen der damaligen Gesellschaft in ihrer Vielschichtigkeit und Verzahnung sichtbar gemacht werden. In diesem Sinne legt nun Boris Barth seine Geschichte Europas nach dem Großen Krieg vor. Dabei hebt er – so der Untertitel – vor allem auf „Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918–1938“ ab.

Barth geht es darum, die Gründe für den Kollaps demokratischer Staatswesen zu untersuchen – eine Fragestellung, die er im Gegensatz zur Geschichte autoritärer Regime als noch nicht ausreichend beforscht betrachtet (S. 21). Aufgrund der Schwierigkeit, eine europäische Geschichte in ihrer Gesamtheit zu schreiben, beschränkt Barth seine Argumentation auf „ausgewählte Problemfelder“ (S. 21). Diese sollen die Krisenhaftigkeit der Zwischenkriegsdemokratien aufzeigen. Er benennt vier Elemente, um den Rahmen der Krise der Demokratie zu skizzieren: Die Pariser Vorortverträge und die daraus resultierende Weltordnung (2. Kapitel), die paramilitärischen Konflikte der Nachkriegszeit (3. Kapitel), Ethnisierungen und Vertreibungen (4. Kapitel) und schließlich die „unzulänglichen Rekonstruktionen der Ökonomien“ (5. Kapitel). Von diesen vier Problemlagen ausgehend, widmet sich Barth sodann der Krise des Parlamentarismus über einen Blick auf den allgemeinen „Kampf um die Staatsform“ (6. Kapitel) und die „Offensive gegen den Parlamentarismus“ (7. Kapitel), bevor er seine Studie mit einem sehr knappen Fazit abschließt.

Barth beschreibt die ambitionierten Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg als eine neue Weltordnung, die aus heterogenen Interessen geboren wurde und doch den Interessen kaum eines Staates gerecht wurde. Die Neuordnung habe dazu geführt, dass bis auf Großbritannien und die Tschechoslowakei nur Staaten mit mehr oder minder großem Interesse an einer Revision des Vertragswerkes aus den Verhandlungen hervorgingen (S. 31f.). Begleitet wurde diese Ordnung der europäischen Staatenwelt durch eine sich entfaltende „transnationale Zone paramilitärischer Gewalt“ (S. 52) und ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle beim Minderheitenschutz (S. 96), dessen Fehlen in großen Teilen des alten Kontinents zu einer punktuellen und strukturellen Gewalt gegen Minderheiten führte (S. 97f.). Schließlich geht Barth auf die ökonomische Problemlage der 1920er Jahre ein, indem er in sehr klaren, erhellenden Passagen Inflation, Landreform und internationales Finanzwesen als Bereiche beschreibt, die in nahezu allen europäischen Ländern dazu beitrugen, wirtschaftliche Krisen entstehen zu lassen oder Lösungen zu blockieren.

Barth beschreibt die ambitionierten Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg als eine neue Weltordnung, die aus heterogenen Interessen geboren wurde und doch den Interessen kaum eines Staates gerecht wurde. Die Neuordnung habe dazu geführt, dass bis auf Großbritannien und die Tschechoslowakei nur Staaten mit mehr oder minder großem Interesse an einer Revision des Vertragswerkes aus den Verhandlungen hervorgingen (S. 31f.). Begleitet wurde diese Ordnung der europäischen Staatenwelt durch eine sich entfaltende „transnationale Zone paramilitärischer Gewalt“ (S. 52) und ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle beim Minderheitenschutz (S. 96), dessen Fehlen in großen Teilen des alten Kontinents zu einer punktuellen und strukturellen Gewalt gegen Minderheiten führte (S. 97f.). Schließlich geht Barth auf die ökonomische Problemlage der 1920er Jahre ein, indem er in sehr klaren, erhellenden Passagen Inflation, Landreform und internationales Finanzwesen als Bereiche beschreibt, die in nahezu allen europäischen Ländern dazu beitrugen, wirtschaftliche Krisen entstehen zu lassen oder Lösungen zu blockieren.

Vor dem so argumentativ bereiteten Hintergrund deutet Barth die Krise des Parlamentarismus in den 1930er Jahren im Sinne Tim B. Müllers als kreative Bewältigung existenzieller Krisen (S. 149) und vermeidet so eine allzu vorhersehbare Setzung westlicher Demokratien

gegen mittel-, ost- und südeuropäische Wege zu (faschistischen) Diktaturen. Vielmehr gelingt es Barth, gesamteuropäische Trends und Phänomene sinnvoll hervorzuheben.

Beispielhaft zeigt sich das an seinen Ausführungen zum Liberalismus der Zwischenkriegszeit. Die Krise des Parlamentarismus wird bei Barth auch als eine Niedergangsgeschichte des Liberalismus (S. 148) beschrieben. Zwar verknüpft er das erfolgreiche Schaffen parlamentarischer Institutionen durch liberale Parteien vor dem Krieg mit dem Überdauern republikanischer Staatswesen nach der militärischen Auseinandersetzung. Allerdings benennt er auch klar, warum der Liberalismus nach 1918 europaweit in eine Krise kam. Er führt das Erwachen eines „ent-liberalisiert[en]“ Nationalismus ebenso an wie das Scheitern liberaler Wirtschaftsvorstellungen an den ökonomischen Gegebenheiten der Nachkriegszeit. Auch die politische Organisation des Liberalismus in Honoratiorenparteien wird kritisch bemerkt (S. 152-154). Neu ist all dies nicht, doch besticht Barths konsequenter Versuch, dies auf einer europäischen Ebene nachzuweisen und es mit einer ebenso als europäisch zu definierenden, breiten antiliberalen Einstellung zu kontrastieren. Während er als Beispiel für antiliberalen Einstellungen die Futuristen in Italien, aber auch den Wählerschwund der liberalen Parteien in Deutschland anführt, erläutert er am Beispiel Frankreichs, Schwedens und der Tschechoslowakei seine These vom Zusammenhang „zwischen dem Niedergang des Liberalismus und dem Aufstieg autoritärer Systeme“ (S. 155). Zwar gab es auch in diesen Ländern starke Kritik am System, die wiederum aus einer antiliberalen Haltung gespeist wurde, doch verlor der Liberalismus in all seinen Formen dort nicht an parlamentarischer Präsenz. So zeigt sich an Barths Ausführungen über den Liberalismus, wie schwierig der Spagat zwischen allgemeinen Aussagen über die Politik der Zwischenkriegszeit und den erforderlichen Spezifikationen ist. Wenngleich Barths Schilderung des Liberalismus schlussendlich zu überzeugen vermag, gelingt ihm die Abwägung aus Verallgemeinerung und spezieller Fallschilderung an anderen Stellen weniger gewinnbringend – etwa wenn es um verschiedene Regierungsformen in Europa geht. Hier referiert er mehr als zu synthetisieren. Jedoch bereichert sein dabei immer wieder hervortretender Blick auf weniger im Fokus der deutschsprachigen Forschung stehende Gegenden wie Rumänien, Jugoslawien oder Portugal ungemein. Überraschend sind allenfalls der verhältnismäßig geringe Rekurs auf Großbritannien und der oftmals zwar informative Blick auf außereuropäische Gesellschaften, der jedoch zu selten explizit an die europäische Kernargumentation des Buches rückgebunden wird.

Es bleibt festzuhalten: Barth kann mit seinem paneuropäischen Blick aufdecken, dass fehlende Angebote republikanischer Kriegsdeutung, technokratische Fantasien und Führerkulte kein rein deutsches Phänomen waren, sondern in allen Staaten anzutreffen waren, die schließlich der „Versuchung des totalen Staates“ (S. 269) erlagen oder zu erliegen drohten. Auch die Begleitumstände ähnelten sich in vielen Staaten, ohne aber hinreichende Bedingungen für den Aufstieg autoritärer Regierungen zu sein. Allerdings könnte die Argumentationslinie klarer gezogen sein. Einerseits eröffnet der Band ein faszinierendes, an einigen Stellen fürwahr transnationales Panorama der schwierigen Problemlagen der europäischen Zwischenkriegszeit. Hier kann der vergleichende Blick restlos überzeugen. Die enge Verzahnung europäischer Lebenswirklichkeiten wird so beeindruckend aufgezeigt. Andererseits versäumt Barth es, seine Fallbeispiele konsequent aufeinander zu beziehen und überhaupt seine Fallauswahl sinnvoll zu begründen. Daher wirkt seine Studie in manchen Passagen handbuchartig. Auch wird insbesondere in den ersten vier Kapiteln nicht immer klar, welcher Bezug zu der in Untertitel und Einleitung als zentrale Untersuchungskategorie genannten „Krise der Demokratie“ besteht. Überhaupt hätte man sich eine genauere Auseinandersetzung mit Begriffen wie „Demokratie“ und „Parlamentarismus“ gewünscht. Diese müssen ja nicht deckungsgleich sein, werden in diesem Buch aber oftmals so verwendet.

Auch wenn Barths Buch in diesem Sinne zielführender auf die Kernthese hätte durchdacht werden können, legt er doch eine beachtenswerte europäische Geschichte der krisenhaften Zwischenkriegszeit vor. Allerdings muss bei der vorliegenden Darstellung offenbleiben, ob es sich bei den ausgewählten Untersuchungsgegenständen nicht um eine *selection bias* han-

delt, die vor allem dazu dient, Barths These zu stützen. Andere Untersuchungsgegenstände hätten die Zwischenkriegszeit vielleicht weniger als „morbid age“ (Richard Overly) und mehr als „Laboratorium der Moderne“ (u.a. Heinrich August Winkler) erscheinen lassen. Nichtsdestotrotz ist das Buch als meisterlich recherchiertes und kondensiertes Kompendium über die gedeutete und wahrgenommene Krisenhaftigkeit der Zwischenkriegszeit gerade deshalb zu empfehlen, weil es den europäischen Blick in den besten Momenten der Studie ausgesprochen gewinnbringend einsetzen kann und neue Impulse für eine europäische, vergleichende wie transnationale Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit anzubieten mag.

Darmstadt

Volker Köhler

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

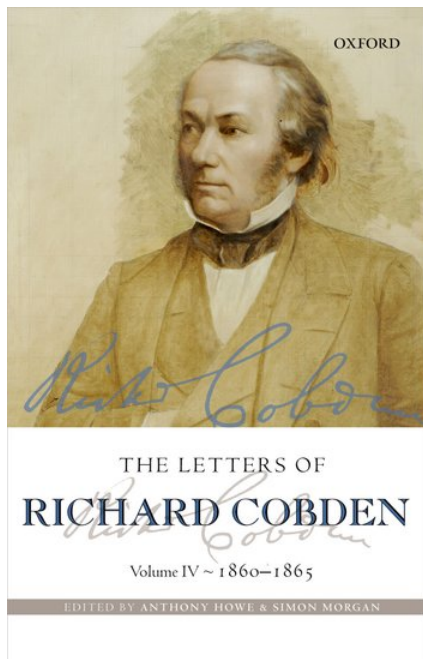


recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Anthony Howe/Simon Morgan (Hg.): The Letters of Richard Cobden. Volume IV – 1860-1865.

Oxford: Oxford University Press, 2015, 627 S., ISBN: 978-0-19-921198-2



Mit dem vierten Band ist die Edition der Briefe Richard Cobdens abgeschlossen, deren erste Lieferung Anthony Howe 2007 vorgelegt hatte. Der jüngste Band präsentiert 359 von ca. 2000 erhaltenen Briefen aus den letzten vier-einhalb Lebensjahren des einflussreichen Politikers, der als Propagandist des Freihandels weit über seinen Tod hinaus dazu beitrug, das Bild des viktorianischen Liberalismus zu prägen. Die Gesamtedition umfasst 1570 von ca. 7000 erhaltenen Briefen – die größte Publikationsdichte erreicht dabei Band 2 zu den Jahren 1848 bis 1853, der ca. ein Drittel der aus dem Zeitraum erhaltenen Briefe enthält.

Die Herausgeber wählen für ihre Edition vornehmlich Schreiben, die nicht prominent andernorts veröffentlicht sind, so in der frühen „Life-and-Letters“-Biographie Cobdens von John Morley (1879). Damit sind manche Korrespondenzpartner, wie der Cobden verhasste Premierminister Palmerston, in der Sammlung kaum vertreten. Dies ist aber zu verschmerzen – die Herausgeber fügen jedem

Brief einen umfangreichen Erläuterungsapparat an, in dem gegebenenfalls zentrale Passagen aus anderen wichtigen Schreiben zusammengefasst sind oder auf andere Publikationsorte verwiesen ist. Zudem zeigt bereits die Auswahl, wie viele Formulierungen sich nahezu identisch in mehreren Briefen an unterschiedliche Adressaten finden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Cobden häufig seine Positionen gezielt zu lancieren und über möglichst viele „Sprachrohre“ zu verbreiten suchte.

Auch ohne editorische Zwänge könnte die Sammlung nur eine Auswahl bieten, denn der Großteil von Cobdens umfangreicher Korrespondenz ist nicht mehr erhalten. Sie dürfte sich auf weit über 20.000 Briefe belaufen haben, wenn man der Schätzung gelegentliche Hinweise Cobdens auf die Zahl seiner am Tag verfassten Schreiben zugrunde legt. Dennoch lässt sich Cobdens politisches Netzwerk aus den erhaltenen Briefen, die für die Edition akribisch aus über 40 Archiven in aller Welt zusammengetragen wurden, gut rekonstruieren.

Cobdens Ruhm beruht auf der von ihm geleiteten öffentlichkeitswirksamen Kampagne, die zur Aufhebung der Korngesetze 1846 beitrug. Dennoch geriet er in den 1850er Jahren durch seine Opposition gegen den Krimkrieg ins politische Abseits. Doch zu Beginn des vierten Bandes befindet er sich in Paris, mitten im zweiten Höhepunkt seines politischen Wirkens: Im Auftrag der britischen Regierung handelte er seit dem Herbst 1859 mit dem französischen Kaiserreich Napoleons III. den wegweisenden Cobden-Chevalier-Handelsvertrag aus, der zu Beginn des Jahres 1860 unterzeichnet wurde. Schon vom ersten Schreiben an wird deutlich, dass dies für Cobden weit mehr als nur eine ökonomische Maßnahme war; sein Hauptziel galt der Verständigung zwischen den beiden Völkern, die durch den Handelsaustausch befördert werden sollte. Umso empörter reagierte Cobden auf die gleichzeitige Invasionspanik in England, für die er Königshof und Aristokratie verantwortlich machte. Ein Großteil seiner Korrespondenz war dem Versuch gewidmet, mittels seiner Ansprechpartner politischen Ein-

fluss zu gewinnen, um die Früchte seiner Verhandlungen nicht durch den antifranzösischen Affekt im Heimatland zu gefährden. Da nach Vertragsabschluss die Details der Tarife noch zu klären waren, äußerte sich Cobden wenig begeistert über die Beleidigungen, die in der britischen Presse über das französische Staatsoberhaupt zu lesen waren; Reaktionen des in seiner Ehre gekränkten Kaisers schienen nicht ausgeschlossen.

Cobden erweist sich in diesem Zusammenhang nicht nur als fleißiger, sondern als sehr fokussierter Briefschreiber. Kaum einmal schildert er „Land und Leute“, sondern meist verfolgt er einen konkreten Zweck. So arbeitete er sich tief in die Flottenprogramme beider Länder ein, um nachzuweisen, dass der französische Kaiser keine aggressiven Absichten gegen Großbritannien hege. In den Briefen dominieren daher das politische Argument und die strategische Perspektive – was kulturgeschichtlich interessante Nebenbemerkungen nicht ausschließt. So berichtet Cobden am 28. Mai 1860 über die offen anti-bonapartistische Konversation in den Pariser Salons und merkt an, dass für die Franzosen die Freiheit der Rede unverzichtbar sei, während sie sich weniger um die Freiheit der Presse sorgten.

Der überragende Wert der Briefe liegt in ihrem Beitrag zur Geschichte des britischen Liberalismus – insbesondere zur Parteibildung, politischen Kultur und Ideengeschichte. Erst 1859 hatten sich Whigs, Radikale und Peeliten in der Bildung der Regierung Palmerstons zusammengefunden; nun erst fand sich die Selbstbezeichnung als Liberale Partei im fortan vertrauten Sinn. Cobdens Briefe zeigen die schwankenden Anfänge des neuen Gebildes. Als Radikaler stand er dem Unterfangen durchaus skeptisch gegenüber. Sein politisches Leitmotiv lautete: Senkung der Staatsausgaben, um Freiräume für die Reform des Steuersystems zu gewinnen. Insbesondere die Rüstungsausgaben sollten sinken, da sie aristokratischer Verschwendungssucht entsprängen, während dem Land mit einem friedlichen Handelssystem besser gedient wäre. Dies widersprach der machtbetonten Politik des Premiers. Die neugeschaffene Partei war damit von Dissonanzen durchzogen – viele Briefe Cobdens an seinen engen Mitstreiter John Bright dienten dem Zweck, das Handels- und Gewerbeinteresse als Grundlage der Partei gegen die alte Aristokratie in Stellung zu bringen.

Ein weiterer wichtiger Briefpartner in den frühen 1860er Jahren war der Finanzminister, William Ewart Gladstone. Cobden bestürmte ihn mit Forderungen, bei der Erstellung des Staatsbudgets nicht dem Druck nach höheren Rüstungsausgaben nachzugeben. Gladstone erschien ihm als Zukunftshoffnung der Partei – zugleich blieb Cobden aber stets misstrauisch, sah er doch Gladstone immer wieder der Versuchung erliegen, „God and mammon“ gleichermaßen dienen zu wollen. Cobden erkannte durchaus, dass Gladstone im Regierungsamt stärkeren Zwängen unterworfen war als er selbst in der Position des unabhängigen Abgeordneten. Dies bestärkte ihn in seiner Weigerung, ein Regierungsamt zu übernehmen.

Dennoch war Cobden kein weltfremder Idealist, der sich vor politischer Verantwortung gedrückt hätte. Dies zeigen die zahlreichen Briefe zum Amerikanischen Bürgerkrieg, der die britischen Liberalen in große Verlegenheit stürzte. Durch die Blockade der Nord- gegenüber den Südstaaten blieben die Baumwolllieferungen aus, die für die britische Textilindustrie in Nordengland unverzichtbar waren. Cobden unterstützte die von vielen Seiten in Frage gestellte Neutralitätspolitik der Regierung und nahm die Blockade zum Anlass, in seinen Briefen für eine Neuregelung des maritimen Rechts zu werben – „free ships and free ports“ lautete die häufig geäußerte Devise. Zwar war seine Beurteilung der Lage in den USA nicht frei von Schwankungen, aber immerhin formulierte er bereits frühzeitig (19. Mai 1861) die Einschätzung, der Bürgerkrieg werde früher oder später zum Ende der Sklaverei führen. Mit illusionslosem Realismus erkannte er, Vernunft spiele keine Rolle in der politischen Auseinandersetzung, sobald diese dem Schwert überlassen worden sei (3. November 1861). Geradezu verwundert stellte er an sich selbst fest, dass er trotz seiner friedenspolitischen Einstellung eifrig dem Kriegsgeschehen folge, als ständen nicht „at every throw of the bloody dice“ zahllose Menschenleben auf dem Spiel (5. November 1864).

Je nach Aktionsschwerpunkt stehen unterschiedliche Partner im Zentrum der Korrespondenz; auffällig ist jedoch, in welchem Ausmaß das alte Personennetzwerk aus den Zeiten der Anti-Corn-Law-League fortbestand und von Cobden immer wieder für neue politische Zwecke reaktiviert wurde. Diese Unterstützung war für Cobden auch aus persönlichen Gründen wichtig; die Jahre nach 1859 waren geprägt von ständigen gesundheitlichen Belastungen, die 1865 zu Cobdens frühem Tod beitrugen; selbst der ungeliebte, steinalte Premier Palmerston überlebte seinen jüngeren Kritiker um einige Monate. Doch trotz aller Frustrationen über die Grenzen seines politischen Einflusses, die Gesundheit und Palmerstons anhaltende Dominanz über die Liberale Partei hielt Cobden ein hohes Arbeitspensum aufrecht, so dass die Briefe neben den oben genannten Kernthemen ein weites Spektrum politischer, aber auch sozialer Unternehmungen dokumentieren.

Die vorbildliche Edition erlaubt es, dem politischen Denken und Handeln einer Zentralfigur des viktorianischen Liberalismus zu folgen, während gleichzeitig über die persönliche Ebene hinaus die Frühgeschichte der Liberalen Partei aus der Innenansicht erzählt wird. Die geschickte Auswahl der Schreiben präsentiert eine vielfach verschränkte Korrespondenz, in der das ständige Wechselspiel von politischen Prinzipien und tagespolitischer Anpassung als ernsthaftes Ringen um verantwortliches politisches Handeln aufscheint; zugleich tritt die Energie bei der politischen Netzwerkbildung und der Steuerung öffentlicher Kampagnen zu Tage, die maßgeblich zum Erfolg der britischen Liberalen Partei bis hin zum Ersten Weltkrieg beitrug.

Darmstadt

Detlev Mares

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

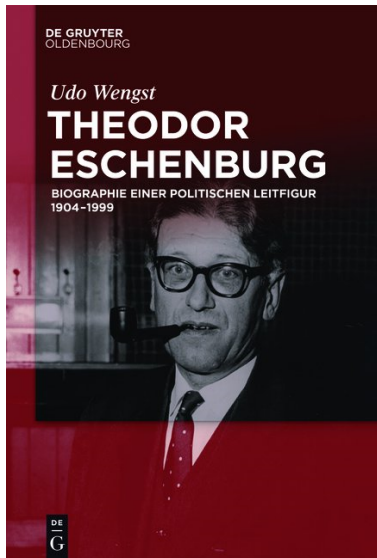
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Udo Wengst: Theodor Eschenburg. Biographie einer politischen Leitfigur 1904-1999.

Berlin u.a.: De Gruyter Oldenbourg, 2015, S. 280, ISBN: 978-3-11-040289-6



Die Gattung der politischen Biographie erlebt in der Geschichtsschreibung der letzten Jahre nach einer längeren Phase eher strukturgeschichtlicher Untersuchungen eine erfreuliche Renaissance. So geraten zunehmend auch Figuren in den Fokus der Zeithistoriker, deren Namen im kollektiven Gedächtnis nicht an vorderster Stelle verortet sind. Dennoch sind sie als Akteure oftmals nicht weniger interessant, wie am Beispiel des Politologen, Politikers und Publizisten Theodor Eschenburg eindrucksvoll zu sehen ist.

Seit der Osnabrücker Politikwissenschaftler Rainer Eisfeld aufgrund von neuen Aktenfunden das über Generationen fortgeschriebene Bild Theodor Eschenburgs als „Hüter der Institutionen“ und „Lehrer der Demokratie“ erschütterte, wurde die lange vorbereitete Biographie aus der Feder von Udo Wengst, des langjährigen stellvertretenden Direktors des Instituts für Zeitgeschichte in München, vor allem in Fachkreisen mit besonderer Spannung erwartet, zumal sich der Autor auch in der von Eisfeld ausgelösten Kontroverse um die Rolle Eschenburgs in der Zeit des Nationalsozialismus engagierte und eindeutig Position bezog. So gesteht er auch auf der ersten Seite seiner Einleitung freimütig, dass Eschenburg nicht nur wegen des Umstands, dass dessen Lebensspanne beinahe das gesamte 20. Jahrhundert umfasste, ein lohnender „Untersuchungsgegenstand“ sei, sondern auch, weil er selbst als junger Tübinger Student, Doktorand und später Fakultätsassistent „durchaus beeindruckt“ von Eschenburg war. Dass Wengst seine Biographie insofern auch nicht als den „Ort, diese Kontroverse fortzusetzen“ (S. 4) betrachtet, ist aus seiner Perspektive zwar konsequent, zeigt jedoch gleichermaßen, welche Distanz er zu „seinem“ Protagonisten noch bewahren kann.

Die Biographie verfolgt in ihrem Aufbau eine klassische Linie, in der die verschiedenen Entwicklungsstadien und Wirkungskreise chronologisch durchgearbeitet werden, wobei sich die einzelnen Kapitel angesichts disparater Quellenlagen, die Wengst dankenswerterweise kommentiert, im Umfang unterscheiden. So wird die Kindheit und Jugend Theodor Eschenburgs nach Buddenbrook-Art im „großbürgerlichen Ambiente“ Kiels und Lübecks ausführlich dargestellt, jedoch nicht überdehnt.

Die Biographie verfolgt in ihrem Aufbau eine klassische Linie, in der die verschiedenen Entwicklungsstadien und Wirkungskreise chronologisch durchgearbeitet werden, wobei sich die einzelnen Kapitel angesichts disparater Quellenlagen, die Wengst dankenswerterweise kommentiert, im Umfang unterscheiden. So wird die Kindheit und Jugend Theodor Eschenburgs nach Buddenbrook-Art im „großbürgerlichen Ambiente“ Kiels und Lübecks ausführlich dargestellt, jedoch nicht überdehnt.

Auch der Studien- und Promotionszeit Eschenburgs in Tübingen und Berlin und dem damit verbundenen Erwachen des politischen Engagements räumt Wengst einen angemessenen Raum ein, zumal dadurch entscheidende Prägungen Eschenburgs vermittelt werden können: Denn Wengst schildert darin Eschenburgs politische Orientierungsphase während des Studiums in Tübingen und seine Aktivität als Vorsitzender des Hochschulrings Deutscher Art, einer „völkischen Sammelbewegung der Studenten“ (S. 29), über die er mit dem national-liberalen Reichsaußenminister Gustav Stresemann in Kontakt kam, den er zu einem Redeauftritt an seine Universität eingeladen hatte. Diese Beziehung vertiefte sich sogar noch, wie Wengst im folgenden Kapitel beschreibt, als Eschenburg nach Berlin wechselte, um dort seine Dissertation über den „Bülow-Block“ aus Konservativen und Liberalen am Ende des Kaiserreiches zu erarbeiten. Die Bekanntschaft mit Stresemann war nach einigen Begegnungen und die Unterstützung von dessen Privatsekretär Henry Bernhard so tragfähig, dass

sich der junge Doktorand sogar Hoffnungen auf eine Anstellung bei Stresemann machen konnte. Dazu kam es nicht mehr, da Stresemann im Jahr 1929 verstarb; dieser verfasste jedoch zuvor noch ein Geleitwort zu Eschenburgs Doktorarbeit, die im selben Jahr unter dem Titel „Das Kaiserreich am Scheideweg“ erschien. Zu dieser Zeit war Eschenburg bereits als führendes Mitglied der Jungen in der DVP aktiv, in deren Namen er auch einen Nachruf auf Stresemann als „großem Führer“ verfasste, der seiner Ansicht nach das Weber'sche Bild des Staatsmannes „mit Augenmaß und Leidenschaft zugleich“ (S.68) erfüllte.

Im Folgenden behandelt Wengst Eschenburgs zunehmendes politisches Engagement, unter anderem auch im Gesprächskreis der Quiriten sowie den beruflichen Einstieg Eschenburgs als Referent in der Grundsatzabteilung beim „Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten“, die von Alexander Rüstow geleitet wurde. Seine Rolle bei der Gründung der Deutschen Staatspartei stellt Wengst dagegen bedauerlicherweise nur am Rande da.

Oftmals verweist er in den Belegen auf Eschenburgs Korrespondenz mit seinem engen Studienfreund Paul Binder und erwähnt sogar dessen spätere Zuständigkeit für die „Arisierung jüdischer Unternehmen“ als einflussreicher Bankier der Dresdner Bank. Doch Wengst unterlässt es, hier näher auf die Vorwürfe gegen Eschenburg einzugehen, die Eisfeld seit seinem Aktenfund 2011 auslöste, mit dem er belegte, dass Eschenburg an der "Arisierung" einer jüdischen Firma beteiligt war. Leider bleiben die Einordnung seiner Rolle und auch die Analyse seines politischen Denkens im Kapitel über Eschenburg als „Wirtschaftspolitiker Amtsträger im Dritten Reich“ seltsam unterrepräsentiert. Der Verweis auf die „innere Emigration“ Eschenburgs erscheint angesichts seines persönlichen Netzwerks und seiner vorteilhaften ökonomischen Lage unpassend. Denn wie sich im Laufe weiterer Forschungen herausstellte, war Eschenburg in die "Arisierungspolitik" der Nationalsozialisten doch stärker eingebunden als zunächst angenommen,¹ und nicht nur „marginal“ beteiligt – wie Wengst (noch) annahm. Jedoch betont auch Wengst, dass Eschenburgs Darlegungen in seinen Memoiren nicht unbedingt die historische "Wahrheit" wiedergeben und "mit quellenkritischer Vorsicht zu betrachten" seien.

Sehr ertragreich und auch mit neuen Forschungserkenntnissen versehen ist hingegen die Kapitel über Eschenburgs Engagement „in der Regierung von Württemberg-Hohenzollern“ (S. 135ff.), da Wengst hier Eschenburgs Positionen und taktisches Vorgehen in der Südweststaatsfrage darlegt, die seit Bildung der drei Länder in der französischen und amerikanischen Besatzungszone schwelte und insbesondere von den Vertretern der liberalen Parteien unter Führung Reinhold Maiers als Ministerpräsident von Württemberg-Baden vorangetrieben wurde.

Im letzten Drittel des Buches widmet sich Wengst dem Phänomen Eschenburg als „öffentlichem Professor“, dem drei Wirkungskreise zugrunde lagen, zum ersten der des Professors für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen, zum zweiten der des Publizisten und politischen Kommentators und zum dritten der des gefragten Beraters und Gutachters. In allen drei Rollen, die Wengst auch als Lebensabschnitte interpretiert, wird Eschenburg als liberal-konservativer und unabhängiger Intellektueller gezeichnet, dessen Grundverständnis der parlamentarischen Demokratie sicherlich eher das eines Institutionengefüges war als das eines prozessorientierten Systems. Doch dieses Verständnis entsprach wohl auch dem der Zeitgenossen und handelnden Akteure in Eschenburgs Umfeld. Insofern trifft wohl auch der Untertitel des Buches als „Biographie einer politischen Leitfigur“ zu.

Sicherlich ist der Autor vollkommen unverdächtig, Eschenburgs Weste aufgrund seines Handels bzw. Unterlassens in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur weiß zu waschen, jedoch hätte die kompromisslosere Berücksichtigung der Fakten der Qualität des aus an-

¹ Vgl. Rainer Eisfeld (Hrsg.): Mitgemacht. Theodor Eschenburgs Beteiligung an "Arisierungen" im Nationalsozialismus. Berlin 2015

schaulich dargestellten und eigentlich abgewogenen Lebensbilds gut getan. Zweifellos ist es dem Zeithistoriker Udo Wengst gelungen, seinem eigenen Anspruch gerecht zu werden: Er wollte „das Leben Eschenburgs aufhellen und damit zum Verständnis seines Denkens und Handelns beizutragen“. Die braunen Flecken sind eben da.

Stuttgart

Jochen Merkle

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Detlef Lehnert (Hrsg.): Vom Linkliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890 - 1945.

Köln: Böhlau, 2015 (= Historische Demokratieforschung. Schriften der Hugo-Preuß-Stiftung und der Paul-Löbe Stiftung, Band 8), 318 S., ISBN: 978-3-412-22387-8



Was haben Erich Mende, Günter Verheugen, Otto Schily oder Oskar Lafontaine gemeinsam? Sie alle verließen ihre Parteien, in denen sie lange Jahre engagiert und etabliert agierten, aus unterschiedlichen Gründen. Was heute angesichts der sich in den letzten Jahren – auch im Zuge des Fischens nach Wählergunst – immer stärker herauskristallisierenden ideologischen und thematischen Angleichung der Parteien oder aus Unzufriedenheit mit der politischen Richtungsweisung der eigenen Partei nicht ungewöhnlich erscheint, ist kein modernes Phänomen.

Am Beispiel von elf namhaften und teilweise über das Parteileben hinaus bekannten linksliberalen Politikern thematisiert der vorliegende Band die ursprünglich im Rahmen einer sowohl von der Hugo-Preuß-Stiftung als auch der Friedrich-Ebert-Stiftung 2013 organisierten Tagung aufgeworfene Frage nach Beweggründen für den jeweiligen Partei- bzw. Richtungswechsel linksliberaler Politiker in Kaiserreich und Weimarer Republik. Inwieweit dabei tat-

sächlich ein Richtungswechsel vollzogen oder eher nur eine vermeintlich passendere neue politische Heimat und Mitstreiter gefunden wurde, ob dabei primär individuelle Unzufriedenheit mit der Parteiführung und -entwicklung, allgemein politische bzw. gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder das Gefühl der politischen Isolation dafür maßgebend waren, wurde dabei ebenso berücksichtigt wie die biographischen Hintergründe kurz portraitiert. Um es, wie es der Herausgeber auch zu Beginn des Bandes tut (S. 7), vorwegzugreifen handelt es sich bei der „politischen Standortverlagerung“ der hier Portraitierten „lediglich [um eine] organisationsbezogene oder meist mit zumindest einigen Akzentverschiebungen“ [vollzogene Verlagerung], von der Liberal- zur Sozialdemokratie – also augenscheinlich nicht um einen eigentlichen Politik- oder gar kategorischen Richtungswechsel. Ungeachtet der Tatsache, dass sich bei der Verortung historischer liberaler Strömungen bereits ein weites Spektrum auftut, (wobei gerade im Untersuchungszeitraum die Frage nach Kategorisierung in links- oder sozialliberal in Abhebung etwa zu nationalliberal durchaus nicht unzweifelhaft zu klären ist), standen die genannten Protagonisten nicht einfach einer klar definierten Gruppe vor, sondern agierten und äußerten sich als Individuen innerhalb der Partei. Dieser Individualismus kennzeichnete letztlich auch ihre weiteren politischen Karrieren nach dem Parteiwechsel und lässt sie daher auch, ungeachtet ihres politischen Einflusses, in diesem neugewählten Umfeld meist als Außenseiter erscheinen, wie dies insbesondere am Beispiel des von Karl Heinrich Pohl portraitierten Kurt Eisner oder des von Rainer Behring skizzierten Rudolf Breitscheid deutlich wird. Die Bedeutung der publizistischen Tätigkeit (auch als Broterwerb) und die damit verbundene Intention politischer Aufklärung spielen dabei insbesondere bei diesen beiden, aber auch bei Franz Mehring (Monika Kramme) oder dem hier nicht dezidiert berücksichtigten Karl Ledebour eine nicht zu unterschätzende Rolle – aber ebenso auf Seiten der SPD, die letztlich davon mit profitierte. Dagegen konnte in nur beschränktem Maße und nur selten an die alte Karriere und damit an die Übernahme verantwortlicher Posten angeknüpft werden.

Nicht zuletzt war es für diese Gruppe Liberaler gerade die in ihren Ursprüngen wenig akzentuierte Trennung zwischen „proletarischer und bürgerlicher Demokratie in Deutschland“, die es ihnen erleichterte, Parteigrenzen zu überschreiten. (S. 12). In Abhebung zur konservativen, antidemokratischen obrigkeitstaatlichen Autorität gewann bereits bei Friedrich Naumann die Sozialdemokratie zunehmend an Akzeptanz als Teil der freiheitlichen Bewegung. Hinzu kam auch, dass sich das sozialistische, dem liberalen Element des Individualismus gegenüber- bzw. entgegenstehende Prinzip des Kollektivismus und der deterministischen Geschichtsphilosophie als Ausschlusskriterium für eine Annäherung an die Sozialdemokratie nicht mehr voll wirksam erwies. Vielmehr entwickelte sich im Zuge der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen aufkommenden sozialen Frage auch bei den (Links-)Liberalen eine Tendenz zu sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Positionen als liberale Antwort, die sich mit denen der (zumindest gemäßigten) Sozialdemokraten durchaus vereinbaren ließ. Im Rahmen der linksliberalen Gewerkschaftstätigkeit, wie diese etwa bei Siegfried Aufhäuser (Gunter Lange), Hugo Sinzheimer (Christoph Müller) oder Anton Erkelenz (Katharina Kellmann) nachzuweisen ist, ließ der Gedanke an „ein gesellschaftliches Bündnis zwischen demokratischer Arbeiterschaft und ‚bestimmten Teilen des Bürgertums‘“ (S. 270) und an eine darauf aufbauende gerechte(re) soziale Demokratie den Schritt zur Sozialdemokratie als durchaus praktikabel erscheinen. Diese Tatsache lässt sich dabei nicht nur für die Zeit des Kaiserreiches, in der die meisten der hier untersuchten Parteiwechsel, etwa die Mehrings, Eisners, Breitscheids, Aufhäusers oder Sinzheimers stattfanden, nachweisen, sondern auch für die Zeit der Weimarer Republik, während der sich neben Anton Erkelenz und Ludwig Bergsträsser (Stephanie Zibell) auch Paul Nathan (Detlef Lehnert), die Reformpädagogen Georg Schümer (Volker Stalman), Max Kosler und Adolf Grimme (beide bearbeitet von Andreas Pehnke) der SPD zuwandten. Mit zunehmendem Verlust (links-)liberalen parteipolitischen Profils und regierungspolitischer Einflussnahme verlor die die Gründung der Republik ursprünglich prägende DDP zunehmend an Bedeutung. Gefördert durch die schwächer werdende liberale Positionierung und Profilierung, das schwindende Bekenntnis der DDP zur Republik, den auch in der Partei zunehmenden Antisemitismus, die Wahl- und Wählerverluste sowie letztlich die Fusion mit der Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei fand eine entsprechende Abwanderung des linken Flügels der Partei statt. Letztlich war es nun gerade die SPD, die als staatstragende Partei verstanden wurde und die daher weitaus größere und ideologiekonformere Handlungsmöglichkeiten bot als es die ursprünglich liberale Partei der Weimarer Republik tat.

Mit der Nachzeichnung der Parteiwechsel der in diesem Band portraitierten „sozialen Demokraten“ (S. 287) gelingt sowohl eine nähere (biographische und politische) Charakterisierung als auch die Darstellung der eigentlichen Problematik und Zerrissenheit der links- bzw. sozialliberalen Politiker des Kaiserreiches und der Weimarer Republik. Die wachsende „Wertschätzung der SPD als konsequente[re] demokratische Alternative“ (S. 32) demonstriert dabei nicht zuletzt die Schwächen, wenn nicht gar das politische Scheitern des Liberalismus aufgrund seiner inneren Gespaltenheit und dem Fehlen einer geschlosseneren politischen wie ökonomischen Weltanschauung (s. dazu u.a. S. 280), die es der Sozialdemokratie – ungeachtet auch ihrer Flügelkämpfe vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg – eher ermöglichte, Stammwähler und Politiker zu binden bzw. zumindest am Abwandern zu den Linksliberalen zu hindern (S. 31). Auch wenn aufgrund der zwangsläufig kurzen und unterschiedlich konzipierten Beiträge, eine tiefergründende Beleuchtung des Themas ausbleibt – etwa eine verstärkte Berücksichtigung der von Lehnert nur kurz angerissenen Frage nach prominenten Vertreterinnen politischer Richtungswechsel (mit und ohne Parteiwechsel) wie etwa am Beispiel Adele Schreibers (S. 23 ff.) – so bietet dieser Band dennoch einen Anreiz zu weiterer Forschung – auch oder gerade in Bezug auf andere Ausrichtungen politischer Richtungswechsel.

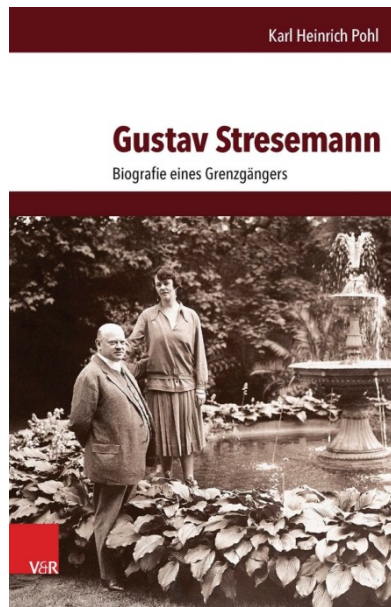
Berlin

Christiane Scheidemann

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Karl Heinrich Pohl: **Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers.**

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2015, 352 S., ISBN: 978-3-525-30082-4



Bereits seit vielen Jahren beschäftigt sich der Kieler Historiker Karl Heinrich Pohl eingehend mit der Biographie und der Biographie Gustav Stresemanns. Dabei zeigte sich Pohl stets hin- und hergerissen zwischen der Kritik an der ‚herkömmlichen‘ historischen Biographie, die die Person und Politik Stresemanns in Pohls Augen angesichts der in den letzten Jahren zahlreich erschienenen Publikationen hinlänglich als „politisch und historisch eingeordnet“ und „abgelegt“¹ erscheinen lasse, und dem Anreiz, gerade dem biographischen Verfahren ganz neue Fragestellungen abzurufen und neue Perspektiven für eine neue, andersartige Lebens- und Politikbeschreibung zu liefern.

Sein damit verbundenes Ziel ist es, die bisher betriebene linear wirkende Lebensbeschreibung und den überkommenen vermeintlichen Heldentopos eines der bekanntesten Politiker der Weimarer Republik abbauen zu helfen und ein nach der politischen Wende seit 1990 aktualisiertes, um neue, adäquate historische Fragestellungen erweitertes Bild des

Politikers wie auch seiner Epoche zu entwerfen. Bereits früh stand bei Pohl fest, dass es sich bei Stresemann – und damit steht er selbst in einer gewissen Kontinuität – um einen „Grenzgänger“ handelt. Entsprechend lautet auch der Untertitel der nach langen und umfangreichen Quellenrecherchen abgeschlossenen Biographie. So beschrieb er ihn bereits in dem aus einem 2001 unter der Ägide des Archivs des Liberalismus in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach stattgefundenen internationalen wissenschaftlichen Symposium hervorgegangenen Sammelband.² Auch im weiteren Verlauf der Jahre ließ uns der Biograph Pohl an seiner Konzeption teilhaben³, die er nun in neuer „ergänzter“ und „korrigierter“ Lesart präsentiert⁴. Basierend auf den soziologischen Theorien Pierre Bourdieus und Niklas Luhmanns, lehnt Pohl die Biographie als eine eindimensionale, gradlinige, fast zwangsläufig und scheinbar sinnvoll verlaufende Kette von Begebenheiten, von selbstbestimmtem Tun und Lassen und damit auch nur den Anschein eines konstruierten Lebensweges ab.⁵ Daher entwickelt er nicht ein dem chronologischen Lebensverlauf folgendes Persönlichkeitsbild, sondern setzt vielmehr den Fokus auf das Subjekt Stresemann, die Person in ihrer einzigartigen Auseinandersetzung mit einzelnen Aspekten ihrer Umwelt und ihrer Zeit. Persönliche Artikulationsweisen, sei es im Zusammenhang mit der Analyse lyrischer Versuche Stresemanns (S. 79 ff.) oder einzelner Reden (S. 67 f., 219) werden dabei ebenso untersucht wie sein Frauenbild oder das Verhältnis zu Judentum und Männerbünden. Diese durchaus von bisheriger Biographie eher abweichenden Sichtweisen erscheinen durchaus interessant. Insbesondere die Heranziehung von Tonaufnahmen als bisher wenig berücksichtigtes außerordentliches Medium (S. 67 f.) zur Sprach- und Sprechanalyse liefert ein interessantes, sehr spezifisches Bild einer Person. Aber gerade hier stößt Pohl auch an Grenzen: die Analyse durch Dritte auf

¹ Karl Heinrich Pohl (Hrsg.). *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*. Göttingen 2002, S. 8.

² S. Anm. 1.

³ Ders.: *Gustav Stresemann. Zur Konstruktion einer neuen Biographie*, in: *GWU* 60, 2009, S. 554-567.

⁴ S. Covertext.

⁵ S. dazu auch Karl-Heinrich Pohl: Kurt Eisner. In: Detlef Lehnert (Hrsg.). *Vom Linkliberalismus zur Sozialdemokratie*. Göttingen 2015, S. 67.

primär sprachwissenschaftlicher Ebene, die Gefahr der Übertragung rhetorischer zeittypischer Besonderheiten auf ein gegenwärtiges Verständnis, technische Unzulänglichkeiten und mangelnde Visualität, die sich zudem auf reine Studioaufnahmen, nicht auf authentische, vor Publikum gehaltene Reden beziehen. Auch die sehr eingehende Heranziehung der sicherlich Stresemann schon früh und stark beeinträchtigenden Krankengeschichte – frei nach dem Titel eines vor 40 Jahren in Frankreich von einem Journalisten und einem Mediziner verfassten trivialen Bestsellers „Kranke machen Weltgeschichte“⁶ – wirkt nicht selten etwas überstrapaziert; auch wenn diese sehr wohl gerade in Bezug auf die späten Jahre nicht unterschätzt werden darf. Ebenso die Pohl eigene Analyse von Körpersprache oder Photomaterial – sei es in Bezug auf die Gegenüberstellung der „feinen, sensiblen Hände“ Stresemanns mit dem Bild des „eher etwas plumpen Körper[s]“ (S. 39 f.) oder die Assoziation der Aufnahme des Ehepaars Stresemann mit einer daraus hergeleiteten Hierarchisierung des Paares innerhalb der Ehe (S. 111) wirken dabei etwas weit hergeholt.

Damit beschreitet Pohl zwar einen durchaus innovativen und um viele Perspektiven bereicherten Weg der historiographischen Darstellung, doch begibt er sich zugleich nicht selten auch in die Gefahr einer möglichen Über- oder Fehlinterpretation, die u.a. auch durch die zahlreich gestreuten in Klammern gesetzten, zum Teil sehr subjektiven Einwürfe und Ergänzungen des Autors unterstrichen wird. Letztere dienen nicht immer einer weiterführenden oder hilfreichen Erläuterung, sondern wirken in ihrer manchmal etwas lax wirkenden Formulierung des Öfteren eher wie eine, in einer auf begründeter Analyse bauenden Biographie weniger erwartete, sehr persönliche Wertung. Vom Standpunkt der politischen Biographie eines der markantesten Politiker der Weimarer Republik aus betrachtet, bietet diese Untersuchung – gerade auch unter dem besonderen Blickwinkel einer Nach-Wende-Ära – nicht wirklich ein völlig neues, überraschendes Bild. Der „Grenzgänger“ Stresemann war und blieb wie viele, um nicht zu sagen wie die meisten der zeitgenössischen, in maßgebender Position wirkenden Politiker, ein Nationalist und entwickelte sich in zweiter Linie zu einem pragmatischen Vernunftrepublikaner, der sich den Gegebenheiten anzupassen wusste und eine primär für das Deutsche Reich wirkende aber auch für die internationalen Nachkriegspartner anwendbare Revisionspolitik mit gestaltete. Denn als „Grenzgänger“ war er keineswegs stets nur ein Suchender (nach Verbesserung der sozialen Lage, nach Anerkennung oder Akzeptanz, wie Pohl suggeriert), sondern auch ein gerade unter den völlig veränderten Gegebenheiten zu flexibler Agitation und Anpassung, Realitätssinn und Erkennen von Möglichkeiten fähiger (Real-)Politiker. Allein diese Tatsache muss den Historiker vom vermeintlich unumgänglichen linearen und eindimensionalen Blick und der zu scheinbarer Zwangsläufigkeit und Kausalität neigenden Analyse des Tuns in so genannten klassischen Biographien abwenden lassen. So schließen sich zwei biographische Verfahrensweisen weniger aus als dass sie sich sinnvoll ergänzen und aufeinander aufbauen können.

Genau in diesem Sinne ist auch Pohls Biographie Stresemanns zu betrachten. Das ihr eigene systemimmanente Problem fehlender oder vielfach durchbrochener chronologischer Darstellung erschwert dem nicht mit der Materie befassten Leser sicherlich den Zugang zu seiner Person, seiner Zeit und damit auch zur Beurteilung seiner politischen Leistung. Gleichzeitig eröffnen sich jedoch, wenn auch mit kritischem Blick zu betrachten, durch sie neue Perspektiven, die die bisherigen Analysen erweitern und bereichern.

Berlin

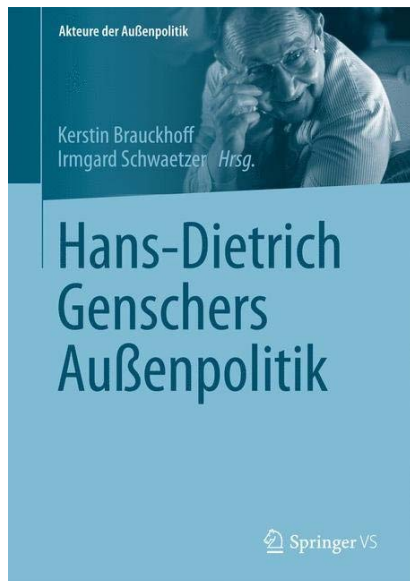
Christiane Scheidemann

⁶ Pierre Accoce/Pierre Rentchnick. Kranke machen Weltgeschichte. Hintergründe politischer Entscheidungen von Adenauer, Churchill, ... u.a. Düsseldorf 1978.

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik.

Wiesbaden: Springer VS, 2015, 295 S., ISBN: 978-3-658-06650-5



Die vorliegende Untersuchung ist, soviel sei gleich am Anfang verraten, eine lohnenswerte Lektüre für Studierende, Lehrende und eine politisch interessierte Öffentlichkeit zugleich. Damit wird sie dem Anspruch der Herausgeberinnen gerecht, die den Band für diese Zielgruppe konzipiert haben. Diesem Credo folgen die methodisch und inhaltlich sehr unterschiedlichen Beiträge, die ideengeschichtlich, erinnerungsgeschichtlich und politikgeschichtlich orientiert sind.

Doch worum geht es? Es geht um den kürzlich verstorbenen ehemaligen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland Hans-Dietrich Genscher und sein Bemühen, der Außenpolitik ein liberales „Gepräge“ zu geben, das nach ihm in Teilen auch andere liberale Außenminister wie Klaus Kinkel oder auch der ebenfalls kürzlich verstorbene Guido Westerwelle weitergeführt haben.

Große Worte für Genschers außenpolitische Ziele stehen über dem Unternehmen: Demokratie, Menschenrechte, Pluralismus und Freiheit.

Ganz am Anfang wirft Hans-Dieter Heumann die Frage nach einer Definition liberaler Außenpolitik auf und verbindet diese mit Kontinuitäten des Wirkens liberaler Außenpolitiker bis in die Weimarer Zeit zurück. Siegfried Schieder verortet den Liberalismus im Theorem der Internationalen Beziehungen. Der Außenpolitik Genschers lag kein einzelnes theoretisches Konzept zugrunde, sie sei vielmehr ein Konglomerat aus „(neo)-realistischen und liberal-institutionalistischen Theorieelementen“ (S. 61) gewesen.

Der „Theoretische Teil“ des Bandes wird von Eckart Conze geschlossen. Conzes Untersuchungsgegenstand ist der Politikstil Genschers. Schlagwort ist hier wie auch im Beitrag zuvor der „Genscherismus“, den der Autor in seiner positiven und negativen Deutung erklärt. Fazit Conzes ist: Genscher habe letztendlich seine Außenpolitik „für ein internationales System in der Transformation“ (S. 81) geformt. Deswegen sei das Ende der Ost-West-Konfrontation – und die Rolle des Außenministers dabei – der Höhepunkt seiner politischen Reputation gewesen.

Im „Praktischen Teil“ des Bandes wird Genscher in der Ausübung seines Außenministeramtes seit 1974 analysiert. Andrea Wiegeshoff macht in ihrem Beitrag deutlich, dass Genschers Strategie des Multilateralismus den Herausforderungen des Ost-West-Konfliktes aber auch des Nord-Süd-Konfliktes gerecht wurde. In diesem Zusammenhang sind auch die Schlagworte „Demokratie“ und „Menschenrechte“ zu nennen, die den Namen Genscher mit der Schlussakte von Helsinki für immer verbinden, die laut Petri Hakkarainen das Debüt für seine liberale Außenpolitik der nächsten Jahre war. Wie Genscher der Spagat der Verbindung von Verteidigungs- und Entspannungspolitik gelang, ist Thema des Aufsatzes von Klaus Wittmann über den NATO-Doppelbeschluss. Der Europapolitik widmet sich Agnes Bresselau von

Bressensdorf. Das Ende des Ost-West-Konfliktes und die große Rolle, die Genscher dabei spielte, beleuchtet Christian Hacke. Hier schließt der Beitrag von Gerhard A. Ritter an, der sich der Zeit der Wiedervereinigung bis zum Vertrag von Maastricht widmet. Er widerspricht der These, Genscher habe kein strategisches Grundkonzept für seine Außenpolitik gehabt. Ritter benennt sogleich vier zentrale Ziele des Außenministers, die seine Politik von 1989 bis zu seiner Amtsaufgabe 1992 leiteten: 1. die deutsche Wiedervereinigung, 2. die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft und ihre Weiterentwicklung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und zu einer politischen Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, 3. die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung und 4. die Durchsetzung einer konsequenten Entspannungs- und Abrüstungspolitik.

Andreas Wirsching schließlich schafft es, alle gezeigten Ansatzpunkte in seinem Beitrag miteinander zu verbinden und eine Kontinuität der von Genscher selbst 1975 postulierten „realistischen Entspannungspolitik“ (S. 247) zu zeichnen, die zwischen Kooperation, Verständigung und Einsicht in politische Möglichkeiten changierte. Für Genscher waren unter diesem Credo Deutschland- und Europapolitik untrennbar miteinander verbunden. Dies wird besonders deutlich im abgedruckten Interview zwischen dem ehemaligen Außenminister und Gerd Appenzeller aus dem Jahr 2014.

Hier bestätigt Genscher noch einmal in der Rückschau seine über Jahrzehnte bewahrte Haltung der positiven Beurteilung der frühen Westbindung der Bundesrepublik. Hier hatten die Liberalen für die Zukunft Europas eine Schlüsselposition. „Zu den Verdiensten der Liberalen gehört es, dass sie sowohl die Westbindung ermöglicht haben, wie auch die Öffnung zur Ostpolitik. Die Liberalen waren die einzigen der drei traditionellen deutschen Parteien, die die beiden Grundentscheidungen der deutschen Nachkriegsaußenpolitik getragen haben“ (S. 275).

Bereichert werden die wissenschaftlichen Beiträge durch persönliche Erinnerungen, die zwischen den einzelnen Aufsätzen als ein- bis zweiseitige Zwischenrufe erscheinen. Hier erinnern die Zeitzeugen Richard von Weizsäcker, Wolfgang Ischinger, Klaus Kinkel, Hans-Joachim Vergau, Frank Elbe, Richard Kiessler, Harald Braun und Hans-Dieter Lucas an den Minister, den Kollegen, den „Kommunikator“, den „Brückenbauer“, den „Gate-Crasher“, den „human factor“ seiner Politik und an den „Elder Statesman“ Hans-Dietrich Genscher.

Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Klaus Hammacher: *Die Frage nach der Freiheit*.

Baden-Baden: Nomos, 2015, 557 S., ISBN: 978-3-8487-2177-1



Die Frage nach der Freiheit ist *die Frage* des neuzeitlichen Menschen schlechthin. Alle anderen, die nach „Selbstbestimmung“ oder Bestimmtheit, nach Selbst-Sein und Selbstbewusstsein, nach Schicksal oder der Bedeutung der Kontingenz des Lebens, gehen mehr oder minder in ihr auf. Andere Fragen aber, die das Denken in früheren Epochen umgetrieben haben, wie diejenige nach Gott etwa, sind von ihr in den Hintergrund gedrängt worden; wieder andere, denen wir uns heute ausgesetzt sehen, solche nämlich nach der Identität des Menschen im Kontext neurowissenschaftlicher Erkenntnisse, sind Weiterführungen oder Präzisierungen in neuen wissenschaftlichen und weltanschaulichen Kontexten.

Insofern trifft der Philosoph und Idealismus-Forscher Klaus Hammacher den Kern der philosophischen Thematik, wenn er in seinem voluminösen Buch den Ursprüngen, Problemen und Perspektiven des gegenwärtigen (westlichen) Bildes des Menschen von sich selbst anhand eben der „Frage nach der Freiheit“ nachgeht. Er ist dabei

sowohl für die historische wie auch die aktuelle Seite dieses Unternehmens ein verlässlicher Gewährsmann. Von Anfang bis Ende macht er allerdings deutlich, dass im Kontext der „Frage nach der Freiheit“ von Freiheit selbst immer nur in relationalen Figuren gesprochen werden kann. Man könnte sagen: Wer nach der Freiheit fragt, intendiert ein Gegenüber, von dem er sich im besten Fall Auskunft verspricht, den er aber vor allem als Subjekt einer zu gebenden Antwort bereits unterstellt. Das heißt: Es kann eine „absolute“ Freiheit gar nicht geben; es gibt Freiheit immer nur in einem bestimmten Gegenüber, sei es einem der Begrenzung (durch die Freiheit eines anderen), sei es einem der Freiheit selbst (personale, rechtliche, soziale Freiheit). Auch wenn in der Tradition der kantischen Anthropologie von „Autonomie“ gesprochen wird, so kann es sich immer nur um relative Autonomie oder Selbstgesetzgebung handeln, wenn auch dem Gehalt nach die durch sie begründete Freiheit eben Freiheit an sich sein soll. Die gleiche philosophisch-anthropologische Tradition konkretisiert die Idee der Freiheit deshalb auch nicht nur in der prinzipiellen Figur der Freiheit des Willens. Neben sie treten die konkrete politisch-soziale Ausprägung der sogenannten Bürgerfreiheiten, also Meinungsfreiheit, Freiheit der Wissenschaft und der Kunst oder der freien Berufswahl. Jeder dieser Aspekte trägt gleichsam den Schatten seiner selbst immer schon mit sich, und deshalb ist – jenseits der Determinismus-Problematik – auch immer der jeweilige Begründungsstil, in dem die Freiheitsargumentation vorgetragen wird, für die Substanz der Sache von eminenter Bedeutung.

Hammachers Buch ist – wie schon ein früheres zum Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit (Rechtliches Verhalten und die Idee der Gerechtigkeit. Ein anthropologischer Entwurf, Baden-Baden 2011) der Musterfall einer philosophischen Abhandlung, die die historischen und systematischen Momente des Themas zu einer in sich gefügten, nachvollziehbaren und auch konsequenten Erörterung integriert. Zwar steht Kierkegaard am Anfang und am Ende; dazwischen jedoch geht der aufmerksame Leser einen Weg, der ihn durch unerwartet viele

Höhen und Tiefen führt. Ausgebreitet wird ein Problempanorama von enormer Dichte, in dem aber die Sachkunde des Autors hinreichend für Kartographierung sorgt. Dass niemand, der überhaupt zu einem solchen Buch wie diesem greift, geneigt sein wird, dem Autor in seinen Urteilen blind zu folgen, versteht sich von selbst.

Ein orientierendes Vorwort („zugleich Einleitung“) stellt das Freiheitsbuch zunächst in einen werksystematischen Zusammenhang. Hammacher strebt eine „Ethik der Verhaltenslehre“ an. Die Erörterungen zur Frage nach der Freiheit berücksichtigen ethische Zusammenhänge daher nur so weit, „wie es das Thema erforderte“. Anders verhält es sich mit der problemgeschichtlichen Seite. Deren ausführliche Herausarbeitung soll zeigen, dass man Lösungen für die Gegenwartsprobleme nicht finden kann, solange man in ihnen „befangen“ bleibt.

Sehr sorgfältig sollte man gleich die einleitenden Ausführungen über die „verschiedenartigen Weisen“ lesen, in denen sich die Frage nach der Freiheit „darstellt“. Diese Verschiedenartigkeit besteht deshalb, weil das Stellen (bzw. Darstellen) der Frage „unterschiedlichen geschichtlichen Befindlichkeiten“ entstammt. Nicht verwundern kann daher auch der Umstand, dass sie, wie etwa bei Aristoteles, unter verschiedenen Titeln erscheint, mit denen sie nicht einmal immer als „Freiheit“ gekennzeichnet worden ist. Die Sentenz „Jeder ist seines Glückes Schmied“ (Nikomachische Ethik. Drittes Buch, Kap. 3-7) setzt ein Freiheitsverständnis voraus, das mit seinem „Freiwillig“ und „Aus sich selbst Handeln“ bereits auf das moderne Konzept der autonomen Freiheitsausübung vorausweist. Ganz anders verhält es sich bei der Stoa, für die Freiheit vor allem Befreiung von Leidenschaften meint und mit dem Ideal des Gleichmuts (der Ataraxia) eine Freiheit durch Einfügung und erstrebten Einklang propagiert.

Diesen Aspekten und vielen weiteren ist zur Veranschaulichung des „Spektrums der Freiheitsfrage“ das erste Kapitel gewidmet. Hammacher scheut in diesen knapp fünfzehn Seiten nicht davor zurück, etliche Begriffe, die für die gesamte Philosophiegeschichte von tragender Bedeutung sind, so zu umgrenzen, dass sie auch jenseits der einzelphilosophischen Entwürfe für die Erörterung handhabbar sind. Dabei geht es um den Gegensatz von Bestimmtheit und Unbestimmtheit, den Willen und die Willensfreiheit, Verantwortung, Autonomie, Wahlfreiheit, Gesetz und Kausalität. Aber auch die alternativen Freiheitsmodelle selbst, rechtlich, politisch oder sozial fokussiert, verschärfen mit ihrer jeweiligen Schwerpunktsetzung noch einmal die Komplexität der Materie.

Man widmet sich deshalb mit einer gewissen Erleichterung dann zunächst einmal den mehr historisch angelegten Kapiteln über den Ursprung der Freiheitsfrage bei Epikur und Augustinus sowie zum Streit zwischen Luther und Erasmus. „Historisch“ bedeutet hier allerdings eben problemgeschichtlich. Es geht nicht um Luther, sondern um seine gnaden- und erlösungstheologische Freiheitslehre. Die folgenden Kapitel bieten sehr eingehende Auseinandersetzungen mit weiteren freiheitstheoretischen Modellen, wobei der Weg bis in die Gegenwart führt. Ob es sich dabei nun um „Freiheit als sittlichen Akt“, um das Problem der Willensfreiheit, um „Freiheit und Spontaneität“, „Wahlfreiheit und Willensmacht“ oder das Zeitproblem handelt, ob Kant, Fichte oder Schelling diskutiert werden, stets geht es um die Relevanz dieser Erörterungen für die gegenwärtige Auffassung des Freiheitsthemas.

Es ist nicht möglich, hier einen Eindruck von der Vielschichtigkeit der Darstellung zu geben. Hammacher hat ein sehr substantielles Buch geschrieben. Die einzelnen Autoren, etwa Descartes mit seiner Unterscheidung zwischen Wahlfreiheit und Willensfreiheit, werden nicht historisiert, sondern in einen aktuellen Diskurs hineingenommen. Das gibt dem ganzen, aller Schwergewichtigkeit in Diktion und Gedankenführung zum Trotz, ein ungemein lebendiges Ansehen. Man erfährt nicht nur etwas über Bergson, Sartre oder Max Planck, sondern es wird das, was sie zu sagen haben, wirklich hörbar.

So ist es auch konsequent, wenn eine größere Gruppe von Kapiteln Aspekte ansprechen, die den Freiheitsbegriff quasi einhegen. „Notwendigkeit“, „Wahrscheinlichkeit“, der Natura-

lismus und die Bedrohung von Freiheit durch „den Automaten“ sind solche Aspekte. Die aktuellen anthropologischen Fragestellungen um einen „neuronalen Determinismus“ (als Neo-Darwinismus), um Handlungs- und Spieltheorie, die Psychoanalyse, Soziologie und Kosmologie und schließlich auch die Freiheitsfrage im religiösen Kontext bilden dann diejenige Problemregion, in der Hammachers Erörterungen ihre eigentliche Höhe erreichen.

Diese Ausführungen zur „ethischen und religiösen Freiheitsfrage“ sind ausdrücklich als „Schlussfolgerungen“ ausgewiesen. Was die ethische Seite betrifft, so scheint es sehr berechtigt, wenn die Verwirklichung von Freiheit auf einen biographisch-lebensgeschichtlichen Gesamtrahmen bezogen wird, nicht aber auf momentane Akte der Entscheidungsfindung. Freiheit hat insofern einen wesentlich subjektiven Charakter; die Stätte ihrer Wirklichkeit ist (im ethischen Sinne) das Individuum. Ebenso bedenkenswert ist Hammachers Verknüpfung von Religion und Recht. Wer seinen religiösen Überzeugungen frei will folgen können, bedarf eines rechtsförmigen Raumes, dessen Regularien ihm das gestatten. Im Ganzen vermeidet Hammacher eindimensionale Erklärungen zu Wesen und Gehalt von Freiheit. Seine Erörterungen umspannen, indem sie eben auf „die Frage nach der Freiheit“ gehen, einen viel weiteren Raum. Die Vielgestaltigkeit möglicher Antworten lassen sie als Widerspiegelung der jeweiligen Fragesituation erscheinen. Gerade darin aber wird deutlich, dass das große Wort „Freiheit“ keinen Zustand, sondern (mit Hannah Arendt, S. 77) eine Tätigkeit bezeichnet. Frei ist, wer ein tätiges Leben führt.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2016

Steffen Martus: Aufklärung. Das deutsche 18. Jahrhundert. Ein Epochenbild.

Berlin: Rowohlt-Verlag, 2015, 1033 S., ISBN: 978-3-87134-716-0



Der Berliner Literaturwissenschaftler Steffen Martus zeichnet in seinem eintausendseitigen Buch ein außerordentlich ansprechendes, zugleich aber im Grunde kaum mehr überschaubares Bild. Die „Aufklärung“ im deutschsprachigen Raum, dieses Faszinosum der Geistesgeschichte, wird hier in einer Breite und Tiefe präsentiert, die dem aufmerksamen Leser einiges abverlangt. Doch ist diese Monumentalität nicht etwa dem darstellerischen Ungeschick eines sammelwütigen Autors geschuldet, sondern die unglaublich weiträumige Entfaltung spiegelt eben genau jene intellektuelle Dynamik und Vielgestaltigkeit, die dieses von Anfang bis Ende interessante Zeitalter nun einmal auszeichnet. Deshalb ist die Intensität der Schilderung auch ein großer Vorzug des Buches: Es öffnet eine historiographische Chiffre und zeigt, dass der Begriff etwas Lebendiges meint. Dieses „Epochenbild“ des deutschen achtzehnten Jahrhunderts wirft ein ganz neues Licht auf die Aufklärung.

Der Schlüssel, mit dem Martus die Tür zu seinem Kontinent öffnet, ist an sich recht schlicht: „Aufklärung“ steht bei ihm für Kommunikation, für alle Formen der interpersonalen Tätigkeit, des Austausches, der Kooperation, der Inszenierung von Konflikten und Konfliktlösungen – also des Sozialen im weitesten Sinne. Insofern bildet den Gegenstand seiner Erörterung auch nicht etwa bloß die gelehrte Debatte in Philosophie, Theologie oder Rechtswissenschaft, wo eine traditionelle Zugangsweise am ehesten dessen habhaft zu werden hofft, was Aufklärung im historischen Sinne gewesen ist. Martus nimmt vielmehr auch alle anderen Formen substantieller Verständigung in den Blick. Damit weitet er das Feld auf einen Schlag in bisher ungeahnte Regionen.

Mehr noch als in den methodischen oder begrifflichen Entscheidungen kommt die Erschließungskraft und Entdeckerfreude des Autors in der Fähigkeit zum Ausdruck, die Vielfalt des Materials auf bestimmte strukturelle oder kontextanaloge Muster hin zu analysieren. Wer an einem solchen, stark reflektierenden und weniger rekonstruierenden Vorgehen Freude hat, wird durch das ganze Buch hindurch eine Fülle von Beispielen für immer wiederkehrende Konstellationen oder Handlungsmotivationen finden, aus denen sich im Ganzen dann ein starkes Bild zusammensetzt. Das individuelle Tun, sei es dasjenige von Politikern, Wissenschaftlern, Schriftstellern oder auch Theologen (deren Anteil am aufklärerischen Geist insgesamt enorm war), wird auf diese Weise nicht herabgesetzt. Es wird vielmehr in den Rahmen korporativer Verständigungsprozesse eingebunden, diese selbst aber werden wiederum erst aus den einzelnen kommunikativen Akten – etwa dem Brief, der Streitschrift, aber auch dem Verwaltungsschreiben und Gerichtsurteil – erschlossen.

Man hat es hier also nicht so sehr, oder jedenfalls doch nicht in erster Linie, mit einer historischen Darbietung zu tun. Vielmehr geht es um die Struktur von intellektueller Weltbemächtigung. Die Effekte, die sich daraus in den unterschiedlichen Zusammenhängen ergaben, spiegeln jeweils auf ihre Weise den Anspruch auf Erkennbarkeit und Gestaltbarkeit des Wirklichen.

Es ist klar, dass sich ein solcher Ansatz massiv auf die Gewichtung der einzelnen Sachverhalte auswirkt. Der auffallendste (und von zahlreichen Rezensenten zu recht auch hervorgehobene) Umstand ist die Auflösung der symbiotischen Beziehung „Aufklärung und Philosophie“. Für Martus kristallisiert sich die Rede von der Aufklärung nicht in einem philosophischen Programm. Kant ist bei ihm eine unter vielen Gestalten des Zeitalters; er ragt durchaus, was sich ja von selbst versteht, auch heraus; aber die Aufklärung als ganze ist keine Angelegenheit der kantischen Philosophie, diese hingegen eine der Aufklärung.

Was viel stärker zur Epochenkennzeichnung taugt, weil es den tatsächlichen Charakter zur Geltung bringt, ist die Dimension der zeitgenössischen Sozialität. Nicht die Trias der Kritik, sondern die Alltäglichkeit des Verwaltungshandelns, des gesellschaftlichen Konfliktgeschehens, der gegenseitigen Wahrnehmung in Politik, Wirtschaft und Kultur bilden das Material, dem die besondere Aufmerksamkeit des Autors gilt. Es sind vielfach sehr kleinteilige Momente und Geschehnisse, aus deren Ineinandergreifen Martus eine Vorstellung davon entwickelt, in welche Lebensformen sich die Formel „Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit“ mit ihrer Forderung, „eine neue Ordnung der Dinge“ hervorzubringen, tatsächlich umsetzt.

„Problembewusstsein“, „Machtparadigmen“, „Institutionalisierung“ – solche und ähnliche begriffliche Schwergewichte sind die Instrumente der Analyse. Auch bei Martus hat das Aufklärungszeitalter einen Anfang (um 1680), eine Blütezeit (die 1720er und 1730er Jahre), eine Zeit des „Widerstreits“ (1740 bis 1763) und ein Ende (nach weiteren zwanzig Jahren). Seine Gliederung legt einen Weg nahe, der von einem religions- (Pietismus) und wissenschaftsgeschichtlichen (Gründung der Universität Halle) Auftakt durch viele Höhen und Tiefen bis zur Auflösung der höfischen Gesellschaft führt.

Bei aller Konzentration auf den deutschsprachigen Raum bleibt doch die Eingebundenheit auch der hiesigen Entwicklungen in einen übergreifenden europäischen Kontext stets im Blick. Das betrifft nicht allein die bei deutschen Aufklärern permanent präsente Situation im westlichen Nachbarland, sondern auch vielfältige weitere, etwa durch wirtschaftliche und nicht zuletzt militärische Aspekte bedingte Konstellationen. Das Außerordentliche leistet Martus mit seinem Buch aber, indem er nachvollziehbar macht, wie sich ein emanzipatorisches, freiheitliches Bewusstsein in mehr oder minder alltäglichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Bezügen verwirklicht hat. „Aufklärung“ erscheint hier nicht als eine interessante Sache von und für Eliten, sondern als wirklichkeitsprägendes und deshalb hochrelevantes Geschehen.

Berlin

Matthias Wolfes